

Ercheint täglich außer Montags... Abonnementpreis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4100.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 2. April 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Politische Verwufung.

Die armen Nationalliberalen! Sie wissen in der That nicht mehr, was sie wollen...

Diese Partei hat Deutschland in den Zeiten ihrer Macht einen so immensen Schaden zugefügt...

Es konnte auch gar nicht anders kommen. Diese Partei hatte ihre Vergangenheit...

Es hat schon viele Mameluckenparteien gegeben, die sich von einem Mächtigen völlig abhängig gemacht...

gott", dem sie mit so viel Selbstverleugnung dienten, belohnte sie, indem er sie mit Hohn und Spott übergoß...

In diesen Tagen hatten sie sogar gehofft, er werde wieder kommen. Schon jubelten sie ihm entgegen...

Sold einen Servilismus hatten wir bisher nur im Reich der Mitte oder am Thron des Dalai-Lama für möglich gehalten...

Der Heros dieser sonderbaren Partei, der sich nie zu derselben bekannt hat, mochte auch nicht in ihrem Namen in Oestermünde kandidiren...

Sie möchten sich gern der neuen Regierung anbequemen und können doch von ihrer alten Liebe nicht lassen, denn sie müssen jeden Augenblick fürchten...

Rechts-, mittel- und links-nationalliberal heißen die lieblichen Schattirungen, in welche die Partei sich abstuft...

Es ist ein hartes Schicksal, was sie erleidet — aber nicht unerbittlich. Ihr Heros beschäftigt sich damit, seinen Ruhm aus der Welt zu schaffen...

dessen war, was er seine Ehre nannte. Er trat denn auch, als endlich die Stunde seiner Freilassung schlug...

Die jungen Bursche begrüßten den Freigelassenen mit einem Hurrah. Sie wollten ihn mit sich in das Wirthshaus schleppen...

Alle schauten nach dem Zuge aus, von dem jedoch noch nichts zu sehen war. Schon aber wurden die Sänger unter dem Geläute vernehmbar...

Alle schauten nach dem Zuge aus, von dem jedoch noch nichts zu sehen war. Schon aber wurden die Sänger unter dem Geläute vernehmbar...

Die gräßliche Mangelhaftigkeit unserer Strafrechtspflege.

In einem Artikel über „Gefesgebärten“, welchen Rechtsanwalt Pallastke in der „Gegenwart“ veröffentlichte...

Rechtsanwalt Pallastke behauptet, und mer nur einigermaßen unsere Rechtsverhältnisse kennt, wird ihm ohne Weiteres beistimmen...

Er weist ebenso überzeugend als klar nach, wie sich unser Zivilprozeß von dem Strafprozeß zu des letzteren ungeheurem Nachtheile unterscheidet...

Wird Jemand auf Zahlung von mehr als 300 M. belangt, so muß ihm vom Gegner eine Klage gestellt werden...

Wird Jemand auf Zahlung von mehr als 300 M. belangt, so muß ihm vom Gegner eine Klage gestellt werden, und diese Klage muß die Anforderung enthalten...

Diesem stellt Pallastke ein strafprozessuales Beispiel gegenüber:

Jemand wird der schweren Urkundenfälschung, also eines mit Zuchthaus bedrohten Verbrechens, beschuldigt. Es geht ihm eine Anklage zu...

kräusen geschmückt sind. Tuch und Strauß sind ihr Dank für den letzten Liebedienst, den sie der Todten erwiesen...

Und die Zeremonie geht ihren Gang, und dann ist alles vorüber und Stasi reicht den Frauen, die ihrer Mutter die letzte Ehre erwiesen...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

23

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. weichel.

Er gab die Korrespondenz auf und nachdem der Schließer mit dem Rest des Essens als seiner Beute sich entfernt hatte, zerriß er das Geschreibsel...

das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens. Es wird Termin zur Hauptverhandlung anberaumt. Zwischen diesem Termin und dem Tage, wo dem Angeklagten die Vorladung behändigt wird, braucht bloß eine Woche zu liegen; es liegt auch selten mehr als eine Woche dazwischen. Jetzt erst merkt der Angeklagte, daß die Sache ernst wird.

Glücklich, wenn er daran denkt oder Jemand findet, der ihn an die Anrufung eines rechtsverständigen Verteidigers mahnt. Die Vorladung selbst enthält davon kein Wort. Aber auch wenn der Angeklagte gleich nach Empfang der Vorladung sich entschließt, zu einem Anwalt zu gehen, so ist die Frist fürchtbar knapp. Vom Dorf in die Stadt, wo der Anwalt wohnt, ist ein weiter Weg, der Anwalt ist auch nicht immer zu sprechen, und die Tage vergehen schnell. In sehr vielen Fällen geht der Anwalt schlecht unterrichtet mit seinem Schilling zum Termin. Immerhin ist ein solcher Angeklagter noch verhältnismäßig günstig gestellt, sein Anwalt wird vielleicht im Verlaufe der Verhandlung ein richtiges Bild von der Sachlage gewinnen und eine Vertagung zur besseren Vorbereitung zur Verteidigung durchsetzen. Der ohne Beistand erschienene Angeklagte aber ist nahezu hilflos. Er will die Belastungsbeweise entkräften und vermag es nicht, er will Gegenbeweise antreten und vermag sich nicht verständlich auszudrücken; er läßt in seiner Verzweiflung, um ihm die Wahrheit gornichts geschadet hätte und entscheidet damit, durch den schlechten persönlichen Eindruck, den er auf die Richter macht, sein Schicksal. Der Termin ist zu Ende. Der Angeklagte hat sein Urtheil empfangen, gegen das ihm bloß die nahezu wertlose, weil bloß auf Gesehensverletzung zu stützende Revision zuliegt; das Vorbringen neuer Thatsachen und Beweismittel ist ihm untersagt. Und selbst von jenem schwachen Schutzmittel kann er häufig keinen Gebrauch machen, weil er es nicht kennt. Niemand sagt ihm, daß er innerhalb einer Woche die Revision bei dem erkennenden Gericht anmelden, Niemand sagt ihm, daß er sie innerhalb einer weiteren Woche nach Zustellung des Urtheils in einer bestimmt vorgeschriebenen Form rechtfertigen muß.

Besonders schlimm gestaltet sich die Sache gerade in den schweren, mit Zuchthaus bedrohten Straffällen. Hier genügt schon der Verdacht, daß er die Straftat verübt habe, um den Angeklagten in die Untersuchungshaft zu bringen, aus der er nur dem Richter vorgeführt wird. Selten, daß ihm ein freundlicher Gefängniswärter rath, sich bei Zeiten an einen Anwalt zu wenden, seltener noch, daß ihm nach seiner Verurtheilung ein freundlicher Gerichtsschreiber oder Gefängniswärter den Rath ertheilt, das zulässige Rechtsmittel einzulegen. Er läßt die dafür eingesezte Frist aus Unkenntniß verstreichen und hat es unrettbar verloren.

Gewiß mit Jug und Recht fügt Rechtsanwalt Pallaste seinen Auseinandersetzungen, denen wir nur das Wesentlichste entnommen haben, den Satz hinzu, daß doch offenbar der Angeklagte nur deswegen Strafe erleiden soll, weil er eine bestimmte Straftat begangen hat und nicht deswegen, weil er eine Frist veräumt hat.

Herrn Pallastes Ausführungen gipfeln schließlich in folgenden Forderungen: 1. Daß die Frist auch im Strafverfahren gedumiger gestellt werde; 2. daß der Angeklagte über die ihm zu Gebote stehenden Rechtsbehelfe durch den Richter belehrt werden müsse; und endlich 3. verlangt er an Stelle des Rechtsmittels der Revision die Einführung eines besseren Rechtsbehelfes, welchen er in der Wiederholung des Verfahrens gefunden zu haben glaubt.

Während wir mit Herrn Pallaste vollkommen einverstanden sind, soweit er sich mit der Mangelhaftigkeit unseres Strafprozesses kritisch befaßt, so können wir doch kaum begreifen, wie er meinen kann, daß die so schwerwiegenden Fehler unserer Strafrechtspflege durch solche im Grunde unbedeutende Aenderungen gehoben werden könnten, wie es insbesondere die von ihm an erster und zweiter Stelle vorgeschlagenen sind. Wir werden in unserem folgenden Artikel auf die betreffenden Punkte des Näheren eingehen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. April.

Heute trat die neue Kommission zur Durchberatung des Entwurfes des bürgerlichen Gesetzbuches zusammen. Diese Gelegenheit benutzte die „Kölnische Zeitung“, um gegen uns zu polemisieren, weil wir eine entsprechende Vertretung unserer Partei und der Arbeiterklasse in dieser Kommission, entsprechend der Vertretung aller anderen Berufe und Parteien, gefordert haben. Die „Köln. Ztg.“ behauptet, daß es dem Bundesrathe beim besten Willen nicht möglich gewesen wäre, in der deutschen Juristenwelt einen Mann zu finden, der sich rüchthaltlos zu der Fahne des Sozialismus bekennt. Dies bestreiten wir. Man hätte uns doch offiziell fragen können, durch wen wir uns am besten vertreten halten; ob diese

Thänenlos schaute sie sich in der Stube um, die nach den frischen Tannen auf dem Fußboden roth; dann setzte sie sich auf ihren gewohnten Platz, legte die Hände im Schooße zusammen und fixierte mit brennenden Augen vor sich hin. David ertrug den jammervollen Anblick nicht und drückte sich fort in den Kuhstall, wo er auf einer umgestürzten Karre niederkrochte.

In Stasi war nur ein Gefühl: das der Deere nach all' der schmerzlichen Aufregung und Geschäftigkeit voll Thänen, gedämpfter Worte und Gebete, welche die letzten Tage erfüllt hatten. Jetzt gab es nichts mehr zu thun. Keine Arbeit wurde mehr von ihr gefordert, keine Pflege, keine Liebe. Es war alles zu Ende, alles leer außer ihr, in ihr; leer, kalt und öde die ganze Welt.

Da wurde sie bei Namen gerufen. Sie konnte die Stimme, obwohl sie zitterte. Aber sie blieb regungslos sitzen; sie war ja todt. Ambros war blaß wie sie und nicht allein seine Stimme zitterte bei ihrem Anblicke. Erst als er ihren Namen wiederholte, wandte sie langsam den Kopf nach ihm hin, sah ihn mit einem langen traurigen Blicke an und flüsterte: „Armer Ambros!“

Er wollte sich ihr nähern; sie aber winkte ihm mit einer matten Geberde zurück und nach einer Weile sagte sie leise, ohne die traurigen Augen von ihm zu wenden: „Du armer Mensch, trauest Du nicht das Grab?“

Stasi! rief er erschrocken.

Sie sah wieder auf ihre gefalteten Hände. „Es ist das Grab meiner Mutter“, murmelte sie.

Er starrte sie mit weitgeöffneten Augen an und stammelte, „Jesus, Maria, was ist Dir?“

Sie bewegte die Lippen, aber erst nach einer Weile gelang es ihr, sich verständlich zu machen. „Ich hab's ihr gelobt, daß es aus sein soll zwischen uns“, sagte sie und den Kopf auf die Brust sinken lassend, fügte sie tonlos hinzu: „Es ist alles aus.“

„Aus soll es zwischen uns sein?“ fuhr jetzt Ambros auf. „Das hast Du gar nicht geloben können, denn Du hast Dich vorher mir versprochen und Du gehärest mir.“

Eine matte Röthe zeigte sich auf Stasi's Wangen und verschwand wieder. Sie schüttelte stumm den Kopf,

Vertretung eine gute ist oder nicht, wäre doch unsere Sorge gewesen und nicht die der „Köln. Ztg.“ oder des Bundesraths. Uebrigens sind doch nicht nur Juristen Mitglieder dieser Kommission, so ist z. B. Prof. Conrad in Halle ein Agrarpolitiker, auch die Rittergutsbesitzer von Manteuffel, von Hellhoff, von Sagen, der Brauereidirektor Goldschmidt, Herr Ruffel von der Diskontogesellschaft zc. sind unseres Wissens auch keine Juristen; so wie Bankiers, Großgrundbesitzer, Großindustrielle, Deutsch- und Freikonservative, Zentrumsleute, Nationalliberale und Freisinnige sich und Stimme in der Kommission haben, genau ebenso können es Sozialdemokraten und Arbeiter haben. Die „Kölnische Zeitung“ betont, daß eine Vertretung, wie wir sie wünschen, absolut nicht nöthig ist, da die sozialpolitische Richtung unserer Zeit vor allem durch den Staatssekretär Dr. Vosse vertreten sei. Nun, diese Vertretung mag ja der „Köln. Ztg.“ genügen, aber kann doch uns nur als Hohn erscheinen. Warum hat man unterlassen, Männer, wie die Rechtslehrer Gierke in Berlin und Dr. Löwenfeld in München, wie wollen ganz absehen von den österreichischen Professoren Anton Wenger und Mataja, Männer, welche eine Berücksichtigung der Interessen der besitzlosen Klassen gefordert haben, in die Kommission zu berufen.

Einsältig ist es, wenn die „Köln. Ztg.“ sagt, daß die Sozialdemokratie überhaupt nicht an einem Gesetzbuche mitarbeiten könne, welches das Privateigenthum, die Ehe und das Erbrecht anerkennt. Ganz abgesehen, daß wir weder die Ehe noch jedes Privateigenthum abzuschaffen gedenken, so leben wir doch noch in einer privatkapitalistischen Gesellschaft, und wir haben das Interesse, deren Institution doch nicht noch weiter im Interesse des Großkapitals ausbauen zu lassen.

Wenn die „Köln. Ztg.“ ihre Ausführungen damit schließt, daß jedem das Seine in dem Entwurfe werden soll, so ist dies Pharisäismus. Nur den Besitzenden wird das ihrige und auch das der anderen bei der gekennzeichneten Zusammenfassung der Kommission. Die Hintermänner der „Köln. Ztg.“ werden auch hier, wie bei allen anderen gesetzgeberischen Maßnahmen unserer Regierung ihre Rechnung finden.

Für uns ist aber die Zusammenfassung dieser Kommission ein neuer Beweis für den Klassencharakter unserer Regierung und unserer Gesetzgebung.

Ueber die deutsch-österreichischen Handelsvertrags-Verhandlungen schreibt das Organ des Wiener auswärtigen Amtes:

Die günstigere Stimmung in den deutschen Regierungskreisen lasse es jetzt als unzweifelhaft erscheinen, daß die Verhandlungen nunmehr ohne weitere Fährlichkeiten einen günstigen Verlauf nehmen würden. Wohl dürfte es bezüglich der Details bei der Redaktion des Vertrages noch zu eingehenden Debatten kommen; aber bei der Größe und dem Umfange der beiderseitigen Konzessionen dürften alle Schwierigkeiten und Differenzen überwunden sein, welche bis vor kurzem einen günstigen Ausgang unsicher erscheinen ließen.

Ueber die Verwendung des Welfenfonds läßt sich die „Weser-Zeitung“ aus Berlin schreiben:

Der in den Zeitungen dieser Tage erwähnte Fall, daß beispielsweise dem Polizeidirektor Krüger, Chef der politischen Polizei im Auswärtigen Amt unter Bismarck, eine solche Remuneration von 50 000 M. gewährt worden, steht keineswegs vereinzelt da. Mit dieser einzigen Ausgabe aber wäre der etatsmäßige Betrag für solche Zwecke schon erheblich überschritten. Auch der Vorgänger des Herrn Krüger, der bekannte Polizeidirektor Stieber, wußte bei Begehren von den Annehmlichkeiten des Welfenfonds zu erzählen. Als er in den sechziger Jahren zur Ueberwachung deutscher Sozialdemokraten beispielsweise nach der Schweiz gefandt wurde, wo verschiedene sozialistische Kongresse und ähnliche Veranstaltungen stattfanden, versäumte er die Gelegenheit nie, auch seiner Frau und seinen beiden Töchtern das Vergnügen einer Schweizerreise zu verschaffen, und Berliner Bekannte konnten ihn wochenlang mit Familie in irgend einem Alpenthal eine sehr billige Sommerfrische genießen sehen, denn Niemand stand es zu, zu präsen oder zu kontrollieren, mit welchen Anwendungen sich die Ueberwachung der Sozialdemokratie in der Schweiz verknüpfte war, und überdies: die Besuche wurden am Jahreschlusse ja verbrannt! Personen, welche dem gefürchteten Chef der Geheimpolizei näher standen, wußten nicht genug von dem fürstlichen Luxus zu erzählen, den dieser im letzten

ohne ihn zu erheben. Ambros aber fuhr ungestüm fort. „Ich bitt' Dich um aller Heiligen willen, Stasi, das kann ja nicht sein. Wir haben Hand in Hand vor Deiner Mutter gestanden und sie hat kein Recht gehabt, uns auseinander zu reißen. Du hast mir Dein Herz geschenkt und ich geb's nimmer heraus. Ich will ohne Dich nicht leben!“

Wie sollte sie leben ohne ihn? Der Schmerz sprengte die Erstarrung ihres Herzens und sie sagte: „Ich hab's gelobt und jetzt kann es nicht anders sein. Sie hätte sonst nimmer ruhig sterben können, und jetzt bitt' ich Dich: gehe fort!“ Sie hob die gefalteten Hände bittend zu ihm auf und sah ihn mit ihren sanften, braunen Augen wie ein sterbendes Reh an. Er aber stampfte mit dem Fuße und rief: „Sie hat Dich gezwungen, das gilt nicht.“

„O sei doch ruhig“, fluchte sie und stand mühsam auf. „Es hat ja sein müssen und verzeih mir doch, daß ich Dir weh thue!“

„Verzeihen soll ich Dir, daß Du mir das Herz zertrittst?“ grollte er und schleuderte seinen Hut fort. „Jesus, Stasi, bist Du mir denn gar nicht mehr gut?“

Sie zitterte, schweig aber und bedeckte die Augen mit den Händen. Dringender fuhr er fort, als er keine Antwort erhielt: „Ich will gehen, wenn Du mir nicht mehr gut bist, aber sag's mir! Sieh mich an mit Deinen lieben Augen und sag's mir mit demselbigen Mund, der mich geküßt hat!“

Ihre Brust wogte auf, aber sie schwieg nach. Da zog er ihre die Hände vom Gesicht und nun stotterte sie unter herodoquellenden Thränen: „O, Ambros, frag' mich nicht, laß mich! Gott wird's rächen, wann ich meinetdug bin.“

Aber meinetdug gegen mich kannst Du sein; das rächt Gott nicht?“ rief er vorwurfsvoll. Ein abgezwungenes Gelöbniß gilt nicht. Stasi, Stasi, ist denn die rechtschaffne Lieb' was Unrechtes, daß der liebe Gott sie strafen soll?“

Stasi blickte rathlos an sich. Ambros aber fuhr leidenschaftlich fort: „Da, schau her, Stasi! Da ist die Schwelle, auf welche Deine Mutter ihre Verwünschung gelegt hat, wenn ich nicht von Dir lassen würd', und hier steh' ich und bin nicht darüber gefallen oder auch nur gestolpert. Du siehst, wann sich zwei Herzen lieben,

Thelle seiner Antzeit trieb und über dessen Herkunft Niemand im Zweifel war. Unzählig sind außerdem die Zuwendungen geringeren Betrages zu 1000—5000 M., die früher an zur Disposition gestellte Beamte des Auswärtigen Amtes zc. gezahlt wurden, wenn sie sich in irgend einer Weise, sei es in der Presse oder sonst durch Ausrichtung von Aufträgen dem herrschenden Regime nützlich zu machen wußten. Alle diese Zuwendungen des Welfenfonds seien, rechtlich betrachtet, auf gleicher Stufe.“

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ schreibt: „Die Blätter behandeln fortgesetzt mit Vorliebe die Angelegenheit des sogenannten Welfenfonds. Da, wie wir hören, eine authentische Darlegung der Verhältnisse dieses Fonds bevorsteht, erscheint es überflüssig, auf die in die Öffentlichkeit gebrachten vielfach falschen Einzelheiten jetzt näher einzugehen.“

Etwas lange hat es gedauert, bis die öffentliche Meinung das Schweigen der Offiziösen gebrochen hat. Das Vernünftige wäre es natürlich gewesen, wenn die Regierung sofort mit einer durchaus wahrheitsgemäßen und erschöpfenden Erklärung hervorgetreten wäre. Freilich ist dies etwas viel verlangt von unserer Regierung, an der wir betartiges leider nicht gewöhnt sind.

Als wir dies schon geschrieben hatten, finden wir im nichtamtlichen Theile des „Reichs- und Staatsanzeiger“ folgende Mittheilung:

„Nachdem schon seit längerer Zeit Erwägungen über eine anderweitige Regelung der Verwaltung des durch die Verordnung vom 2. März 1868 in Beschlag genommenen Vermögens der vormaligen hannoverschen Königsfamilie stattgefunden haben, ist nunmehr vom Staatsministerium der Beschluß gefaßt worden, dem Landtage der Monarchie in der nächsten Session einen Gesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen, welcher für die Dauer der Beschlagsnahme die erforderlichen näheren Bestimmungen über die Verwendung der Revenuen dieses Vermögens und deren Kontrolle zu treffen bestimmt ist.“

Armer Bismarck! Zu Deinem Geburtstage bringt der „Reichsanzeiger“ eine der schärfsten Verurtheilungen Deiner Politik!

Wir sind begierig, ob diese Vorlage voll und ganz den so laut geäußerten Wünschen des deutschen Volkes über die Verwendung des Welfenfonds Rechnung tragen wird.

Der Werth der Mittheilungen, wie sie der „Frankfurter Zeitung“ aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier zugehen, wird treffend durch folgende Notiz illustriert, welche wir in der letzten Nummer der „Westfälischen Freien Presse“ finden. Diefelbe lautet: Die „Frankf. Ztg.“ läßt sich aus Bochum berichten: „Am Ostermontag findet hier gleichzeitig mit dem Pariser Kongress ein allgemeiner Delegirtenkongress der rheinisch-westfälischen Bergleute statt, welcher in der gewöhnlichen Frage, ob Streik oder nicht, die Entscheidung bringen wird. Mit der Meldung, daß die Führer der Bergleute vom Ausstand abrathen, steht einigermaßen im Einklange die neue Wendung der Zentrumsblätter, welche sich zum größten Theil ebenfalls gegen den Streik erklären, allerdings recht spät.“ — Wir erklären dem gegenüber, daß kein einziger Bergmann von einer Delegirtenversammlung etwas weiß. Eine solche scheint nur in den Köpfen gewisser Berichtserstatter zu spuken.

Bei der Gelegenheit wollen wir auch gleich mittheilen, daß die am letzten Sonntag in Dortmund stattgehabte Bergarbeiter-Verammlung nicht deshalb zur polizeilichen Auflösung führte, weil die Bergleute mit dem vor dem allgemeinen Streik warnenden ultramontanen Redakteur Penning nicht einverstanden waren; Herr Penning erregte das Mißfallen der Bergleute vielmehr durch sein Geschimpf auf den internationalen Bergarbeiter-Kongress in Paris, der den schwarzen Arbeiterfreunden ebenso schwer im Magen liegt, als sie ohnmächtig waren, dessen Besichtigung zu hintertreiben. Das rheinisch-westfälische Kohlenrevier ist mit 9 Delegirten in Paris vertreten, das Saarrevier sandte 4 Abgeordnete und der Kaiserdelegirte Siegel ist für den Harz gewählt.

Der internationale Bergarbeiter-Kongress wird die Pläne der Unternehmer durchkreuzen, es wird keine Empfehlung des allgemeinen Streiks beschloffen werden. Einer der deutschen Delegirten hatte mit dem Korrespon-

wie meines und Deines, nachher ist alles Drohen und Verwünschen nichts wie Wind.“

„Ich hab's gelobt“, jammerte Stasi und rang die Hände. „Ich hab's gelobt und sie hat mich dafür gesegnet.“

„Du hast gelobt, mich lieb zu haben“, rief er und legte seine Arme zärtlich um ihren Leib. „Das hast Du gelobt. Wann die Liebe nicht Treue halten will, dann müßt' ja die Welt in Stücke gehen. Und ich weiß, daß Du mich lieb hast, wie ich Dich. Gelt, Stasi, es ist so! Schau mir doch nur einmal ins Gesicht! Bin ich beim nicht mehr Dein lieber Ambros?“

Schau sah sie ihn an, da war es um ihre letzte Widerstandskraft geschehen. Sie konnte die Blicke nicht wieder abwenden von seinen schwarzen Augen voll Liebesgluth. „O Mutter, Mutter, ich kann nicht anders!“ schrie sie auf und umschlang leidenschaftlich seinen Hals und lehnte den Kopf schluchzend an seine Brust. Er athmete rasch und heiß und ließ sie weinen. Saust drückte er ihren Kopf an sich, streichelte ihr Haar und flüsterte süße Worte.

So fand David sie. Er trat so leise auf, als ob seine Schwester noch krank läge. Bei dem Anblicke des Liebespaars stuchte er und öffnete seine verschwommenen Augen so weit er konnte. Stasi löste sich verwirrt aus den Armen des Burschen, der aber hielt sie bei der Hand fest und sagte: „Schau, Ohm, die Stasi ist jetzt meine Braut.“

„Ja, ich weiß nicht“, murmelte David mit einem fassunglosen Blick auf seine Nichte, worauf er sich auf die Osenbank setzte, die Handfläche auf seine Kniee legte und nach der Bettstelle der Verstorbenen starrte.

Stasi ging zu ihm und bat leise: „Ohm, lieber Ohm, sei doch gut mit mir. Ich hab' ihn so lieb.“

„Ach ja, Kind“, stammelte er und sah sie kläglich an. Sofort aber wanderten seine Augen nach dem Sterbelager seiner Schwester und er ächzte: „Ach, wenn das Deine Mutter wüßte.“

(Fortsetzung folgt.)

denen des Bureau Gerold" eine Unterredung; derselben entzuehen wir Folgendes:

Sämtliche Kohlenbezirke Deutschlands sind auf dem Kongress vertreten. Auf die Frage des allgemeinen Ausstands eingehend, erklärte er, daß die leitenden Führer der Bergarbeiter-Bewegung in Gemeinschaft mit den Abgeordneten Singer und einer die vorläufige Vergleichsleistung auf den allgemeinen Streik einwirken hätten.

Die Bergarbeiter hegen den Verdacht, daß die Streikbewegung insgeheim von den Arbeitgebern, ja selbst von der Regierung unterstützt werde, damit so die Krisis provoziert und eine gewaltsame Unterdrückung veranlaßt werden könnte. Ein Streit könne nur gelingen bei guter Geschäftslage. Die Arbeitgeber bildeten ihrerseits Verbände gegenüber den organisierten Arbeitern. Die Zehnjahresindikatoren über den Bedarf hinaus Kohlenvorräte, um die Unternehmer im Falle des Streiks schadlos zu halten. Die Regierung ihrerseits sei weit entfernt davon, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen; gerade die staatlichen Zehnjahresverwaltungen zeigten sich feindseliger als alle übrigen jeder Verabreichung der Arbeitszeit feindlich, die in den fiskalischen Werken noch ausgedehnter sei als anderswo. Wenn die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ behauptet, daß die Löhne 100, ja 200 M. monatlich betragen, so sei das einfach nicht richtig. Eine der reichsten Grubengesellschaften Deutschlands in Gelsenkirchen bezahle nur einen Tageslohn von 3 M. 50 Pf. Dafür wüßten auch die Dividenden der Aktionäre immerfort; sie schwanken zwischen 15 und 30 pSt. Die Hoffnungen, die man auf die kaiserlichen Erlasse setzte, habe man endgültig aufgegeben. Daher komme auch die Beteiligung an dem Pariser Kongress. Die Erregung unter den Bergleuten steige, aber die Führer seien entschlossen, Flug und maßvoll jedem leidenschaftlichen Vorgehen Widerstand zu leisten.

Die kapitalistischen Interessenten des deutschen Bergbaues versuchen neuerdings vermittelst eines Geheimbundes den um ihr materielles und geistiges Wohl kämpfenden Bergarbeitern entgegenzutreten. Nach einer an uns von zuverlässiger Seite gelangten Mitteilung versammelten sich kürzlich die Interessenten des deutschen Bergbaues, um zu beraten, wie man den ihrer Meinung nach kommenden allgemeinen Bergarbeiter-Ausstand zu bekämpfen habe. Die Teilnehmer der Zusammenkunft verpflichteten sich zu gegenseitiger Unterstützung im Kampfe gegen die Arbeiter, wenn diese mit ihren „ungerechtfertigten“ Forderungen an sie herantreten sollten. Dieser geheime Bund der Ausbeuter erstreckt sich über ganz Deutschland, seine Internationalität wird angestrebt. Seitens der Geheimbündler sind Delegierte nach England gesandt worden, um die dortigen beim Bergbau interessierten Kapitalisten zur Gründung einer gleichen Arbeitgeberkoalition zu bewegen, mit der die deutsche Hand in Hand arbeiten soll. Die Delegierten sind bereits zurückgekehrt und zwar haben sie dem Anschein nach ihren Zweck erreicht. Die Unternehmer, welche die Arbeiter an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes hindern wollen, befürworten die geheime Organisation, wenn es sich um Bekämpfung der Arbeiterbestrebungen handelt. Ja sie, auf die alle internationale Bestrebungen der Arbeiter wie das rote Tuch auf den Stier wirken, koalieren sich international. Die Ehrlichkeit und Offenheit im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit ist nicht auf der Seite der Unternehmer zu finden.

Bevor man beginnt den Sozialismus mit geistigen Waffen zu bekämpfen, muß man ihn studieren, muß man versuchen, ihn zu begreifen. Dazu fehlt aber unseren „geistigen“ Bekämpfern Ehrlichkeit, ebenso wie Fleiß und Verständnis. Die Schläueren unserer Feinde fürchten auch wohl, daß sie selbst bei einem tieferen Eindringen in die sozialistische Gedankenwelt von der Unwiderleglichkeit unserer Behauptungen überzeugt werden könnten. Als abschreckendes Beispiel wird letzterer Kategorie unserer Gegner der katholische Geistliche Hohoff erscheinen, der nach genauem Studium unserer Literatur sich nicht scheut, offen und ehrlich zu bekennen, daß die Marx'sche Werththeorie richtig ist. Er schreibt:

„Die Marx'sche Werththeorie ist richtig, das steht über jedem vernünftigen Zweifel, wie wir in einer eigenen Schrift, die, so Gott will, bald erscheinen wird, zu beweisen unternehmen haben. Hätte man sich die betreffenden Kapitel bei Aristoteles, Thomas von Aquin und Marx sorgfältiger und namentlich auch unbefangener angesehen, so wäre eine Kontroverse darüber einfach unmöglich gewesen. Marx knüpft an Aristoteles an und vollendet in diesem Punkte, was Aristoteles, nach seinem eigenen ausdrücklichen Gesändnisse, zu vollenden nicht vermocht hatte. Daß aber die Marx'sche Lösung des Problems das Rechte trifft, ergibt sich, abgesehen von allen anderen Gründen, zur Evidenz aus Thomas von Aquin, der ebenso wie Marx das Wesen des (Tausch-)Werthes in der Arbeit sieht. Der heilige Thomas ist unseres Wissens der erste, der klar und bestimmt gesagt hat: Die Werthgrößen aller Produkte stehen in demselben Verhältnis, wie die Arbeit und Auslagen der Produzenten, das heißt die Arbeit und die Kosten (labor et expensae), oder da die Auslagen setzen sich natürlich auch schließlich wieder in Arbeit auf, so ist die Arbeit allein bestimmend den Tauschwerth (valor) der Produkte oder der „Waaren“ (mercium). Das ist genau dasselbe, was Marx lehrt. Zudem man gegen die Marx'sche Werthanalyse ankämpft, folgt man nicht dem Geiste der Scholastik und ihres Fürsten, des Aquinaten, sondern lediglich den modernen liberalen Bourgeoisökonomien, die Zwerge sind im Vergleich zu Locke, Smith, Ricardo und noch viel mehr im Vergleich zu Thomas und Marx.“

Uns interessiert nur das über Marx Gesagte, das Uebrige ist Nebenache.

Carl Granville, der Führer der liberalen Partei im englischen Oberhause, ist gestern Nachmittag gestorben. Er war Mitglied aller Ministerien Gladstone's, hat aber fast nie eine selbständige politische Rolle gespielt.

Der dänische Reichstag ist heute geschlossen worden, ohne daß sich das Landtag und das Folkething über das Budget hätten verständigen können.

Es ist also der Sieg Estrup's noch kein vollständiger und die Opposition ist nicht zum größeren Theile, wie offiziös gemeldet war, ins Regierungslager übergegangen.

Die russische Regierung läßt durch ihre Pressesaken erklären, der Mordversuch auf Stambulow — denn diesem entschärfendsten Gegner der Verfassungspolitik hat das Attentat gegolten — sei das Werk des „nihilistischen Gesindel's“, welches die schwache und unfähige Regierung Bulgariens im Lande dulde — zum Schaden der Nachbarn. Ausnahmsweise sagen die Organe der russischen Regierung einmal die Wahrheit: das fragliche „Gesindel“ hat ohne Zweifel das jüngste Verbrechen in Sofia begangen. Und zweifelhaft ist auch richtig, daß die bulgarische Regierung sich schwach gezeigt hat, — andernfalls hätte sie das fragliche „Gesindel“ längst an dem ersten besten Galgen aufknüpfen lassen. Die

Organe der russischen Regierung vergessen bloß uns zu sagen, daß dieses „nihilistische Gesindel“ im Solde der russischen Regierung steht, und für deren Rechnung, im Namen der göttlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, wühlt, konspirirt und mordet.

Der englischen Regierung entstehen wieder neue Schwierigkeiten in Indien. Ein Telegramm des Bureau Reuters meldet hierüber:

In Manipur, einem von den Briten abhängigen, aber nicht tributpflichtigen Gebiet, hat ein erster Zwischenfall stattgefunden. Der Generalkommissar von Nam, Quinton, hatte sich mit einer aus zwei Regimentern Ghoorkha's bestehenden Eskorte nach Manipur begeben, um die Verhaftung eines Schütlings vorzunehmen, welcher den Raja entthront hatte. Während der Nacht griffen die Eingeborenen das englische Lager an. Die Angriffe wurden zwei Tage lang von den Eingeborenen fortgesetzt, so daß schließlich die Munition der Ghoorkha's vollständig erschöpft war. Quinton gab daher den Befehl, daß jeder auf seine eigene Rettung bedacht sein solle. Die Ghoorkha's verloren etwa 400 Mann, Quinton und sieben englische Offiziere wurden vermißt. Es sind bereits zwei Regimenter nach Manipur abgegangen, ein drittes soll demnächst folgen.

Wie aus New-York gemeldet wird, traten heute die verschärften Bestimmungen des amerikanischen Einwanderungs-Gesetzes in Kraft. Die bevorstehende Einführung der Verordnung hat zur Folge gehabt, daß im Monat März die Zahl der Einwandernden ganz besonders groß war.

Zu diplomatischen Differenzen zwischen Italien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika scheinen die Vorfälle in New-Orleans zu führen. Der italienische Gesandte hat seine ABERUNG erhalten und dies hat Amerika zu einer schrofferen Haltung den italienischen Forderungen gegenüber veranlaßt.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Chemnitz, 31. März. Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokraten trat heute zur festgesetzten Zeit — 1 Uhr Nachmittags — in der Reichshofischen Brauerei zu Altendorf (einem Vorort von Chemnitz) zusammen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Genosse Geyer, zum zweiten Genosse Hofmann ernannt. Die Prüfung der Mandate wird einer Kommission von fünf Mitgliedern übertragen, nachdem vorher festgestellt worden war, daß das Mandat solcher Delegierten, die etwa von Vereinen gewählt sind — unglücklich zu erklären sei. (Mehrere Hausjungen, die heute Vormittag in Chemnitz und Umgebung stattgefunden haben, scheinen auf eine Demagogation zurückzuführen sein, daß verschiedene Wahlen zur Landesversammlung in einer Weise erfolgt seien, die gegen das sächsische Vereinsgesetz verstoßen.)

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung („Die Landtags- und Gemeinderaths-Wahlen“) referierte Genosse Stolle, der auf die praktische Bedeutung der sogenannten parlamentarischen Thätigkeit und die agitatorische Wirksamkeit des Wählens hinwies, und darlegte, welche Handhabe das sächsische Landtags- und Gemeindevahlrecht, trotz seines Jenus und seiner mancherlei sonstigen Mängel doch unserer Partei darbietet.

Da in Bezug auf diese Frage Einmütigkeit herrscht, so meldet sich Niemand zur Diskussion, und einstimmig wird folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Landesversammlung empfiehlt den Genossen, bei allen Landtags- und Gemeindevahlen sich mit allem Nachdruck zu betheiligen, und mit keiner andern Partei einen Kompromiß einzugehen.“

Die Versammlung beschließt hierauf — ebenfalls einstimmig — ein Central-Wahlkomitee zu wählen, das in Chemnitz seinen Sitz haben und aus drei Mitgliedern bestehen soll. (Ein Vorschlag, das Komitee aus 5 Mitgliedern zusammenzusetzen, wurde zurückgezogen, nachdem darauf aufmerksam gemacht worden war, daß in Sachsen ein Komitee von mehr als drei Mitgliedern schon einmal als „Verein“ aufgefaßt worden sei.)

In das Central-Wahlkomitee wurden die Genossen Seander, Hofmann und Zeißig gewählt.

Der zweite Punkt der Tagesordnung (Aufstellung von Kandidaten zur Landtagswahl) bereitet einige Schwierigkeiten, weil der Jenus von 30 Marx direkter Steuern die meisten der bekannteren Genossen von der Annahme eines Landtagsmandats ausschließt.

Die Aufstellung von Kandidaten ergibt folgendes Resultat

- Städtische Wahlkreise:
- Krei Dresden I — Genosse Postel.
  - „ Dresden IV — Genosse Raden (Der bisherige Vertreter).
  - Leipzig I wird auf Wunsch der Leipziger Genossen, die sich noch nicht schließt, gemacht haben, offen gelassen. Derselben erhalten die Vollmacht, einen Kandidaten zu ernennen.
  - Chemnitz I — Gen. Robert Zeißig.
  - „ Wauhen II — Gen. Lehmann.
  - „ Reichen — Gen. Goldstein.
  - „ Colditz — wird offen gehalten.
  - „ Zwenkau — wird offen gehalten.
  - „ Glauchau — Gen. Julius Seiffert.
  - „ Annaberg — offen gelassen.
  - „ Reichenbach — Gen. Neu.

Als die Beratungen so weit gediehen waren, kam die Mandatprüfungs-Kommission in den Sitzungssaal zurück und erstattete Bericht. Vertreten sind 78 Ortskassen durch 121 Delegierte. In einer Bemerkung giebt bloß das Mandat Niemann's Anlaß, der von den Chemnitzer Genossen aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Das Mandat ist in Ordnung. Eine kurze, rein sachliche Debatte über den Mordversuch führt zu dem Ergebnis, daß Niemann mit großer Mehrheit zugelassen wird, weil das Urtheil der Chemnitzer Genossen noch kein endgültiges ist und die Landesversammlung das Recht nicht hat, der Entscheidung der oberen Instanzen (Partei Vorstand und Parteirat) vorzugreifen.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit tritt die Versammlung wieder in den zweiten Punkt der Tagesordnung ein:

- (Fortsetzung der städtischen Wahlkreise.)
- Dresden — Gen. Raden.
  - „ Colditz B. — wird offen gelassen.
  - Städtische Wahlkreise.
  - IV. Zschau — Gen. Postel.
  - VII. Bischofswerda — Gen. Lehmann.
  - X. Dresden — offen gelassen.
  - XI. Reustadt-Stolpen — kein Kandidat aufgestellt.
  - XVI. Zharandt — Gen. Horn.
  - XVIII. Reichen — Gen. Goldstein.
  - XIX. Großenhain — Gen. Goldstein.
  - XX. Döhlen — keine Kandidatur.
  - XXIV. Leipzig — offen gelassen (aus denselben Gründen, wie Leipzig I).

- XXVII. Roswein — keine Kandidatur.
- XXIX. Rochlitz — Gen. Rieger (Chemnitz).
- XXX. Chemnitz — Gen. Geyer (Der bisherige Vertreter).

XXXIII. Zschopau — keine Kandidatur.

XXXV. Zschicht — offen gelassen.

XL. Zwickau — Gen. Stolle (Der bisherige Vertreter).

Die Liste der Wahlkreise, in welchen ordnungsmäßig eine Neuwahl vorgenommen werden muß, ist hiermit erledigt. Genosse Bebel macht nun die Mitteilung, daß er infolge seiner endgültigen Uebersiedelung nach Berlin und weil er den Wohnsitz in Sachsen aufgegeben habe, sein Mandat für Leipzig-Land (XXIII) niederlegen müsse. Die Landesversammlung beschließt, von dem Entschlus Bebel's Kenntniß zu nehmen und das Weitere den Wählern zu überlassen.

Mit Bezug auf Liebknecht, der sein Mandat noch nicht unbedingt aufgibt, weil er den Wohnsitz in Sachsen noch beibehalten hat, und die Rückkehr nach Sachsen, aus Familienrücksichten, als möglich ins Auge faßt, wird auf Wunsch Liebknecht's das Gleiche beschlossen, die Wähler endgültig entscheiden zu lassen.

In Punkt 3 der Tagesordnung (Agitation und Organisation) wird nach einem kurzen Referat Liebknecht's einstimmig beschlossen:

mit aller Kraft in die Agitation einzutreten und die Organisation nach Kräften zu fördern.

Inbesondere wird nach einer längeren Diskussion über die Agitation in den ländlichen Kreisen, über Gesinde-Ordnung, Schulfrage u. s. w., des Weiteren noch beschlossen:

das Central-Wahlkomitee zu beauftragen, einheitliche Flugblätter bezw. Broschüren herauszugeben, welche die für die Wahlen wichtigen Fragen (Gesinde-Ordnung, Schulfrage, Landfrage etc.) behandeln.

Ferner:

in Dresden, Zwickau, Leipzig und anderen größeren Orten Agitationskomitees niederzusetzen, welche dem Central-Wahlkomitee die lokale Arbeit abzunehmen haben.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung („Die Presse“) wird — ohne vorheriges Referat — die hohe Bedeutung der Presse, dieses Hauptagitationsmittels, hervorgehoben, aber auch die Schwierigkeit der Herstellung und Erhaltung guter Parteizeitungen betont und vor leichtsinniger Blattgründung gewarnt. Der gute Wille genügt nicht. Man braucht eine gute Redaktion und eine gute Verwaltung. In beiden — namentlich an letzteren — fehlt es häufig. Die Landesversammlung schloß sich nach lebhafter Debatte dieser namentlich von Bebel geltend gemachten Erwägungen an und faßte mit großer Mehrheit eine dahingehende Resolution. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, welche die Parteigenossen verpflichtet, die Parteipresse mit aller Kraft zu unterstützen und auf kein, der Partei nicht gehöriges Blatt zu abonnieren.

Durch einen weiteren Beschluß wird der sächsische Landtags-Fraktion bis zur nächsten Landesversammlung die Befugniß erteilt, über etwa noch bevorstehende Blattgründungs-Pläne zu entscheiden.

Hiermit ist die Tagesordnung erschöpft und um 7 Uhr trennt sich die Landesversammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Dornum, den 31. März 1891. Genosse J. S. Schmalzfeldt schreibt uns: In Nr. 75 vom Sonntag, den 29. März 1891, befindet sich eine Notiz mit der Ueberschrift: „Warnung.“ Hierzu erlaube ich mir Folgendes zu bemerken: Der Bericht des „Damb. Echo“ ist richtig bis auf die Angabe, 2 Zeugen seien notirt worden. Das ist unrichtig. Es ist nur ein Zeuge notirt worden, und dieser meldete sich selbst bei dem Gendarmen, ohne daß ich im Stande war, es zu verhindern. Es wurde jedoch nur der Name und nicht der Wohnort des Betreffenden notirt. Da der Betreffende aber in einem entfernten Ort wohnt, so wird mit diesen Angaben wohl schwerlich etwas zu machen sein. Der zweite Zeuge ist auf meine Veranlassung nicht genannt, und infolge dessen auch nicht von dem Beamten notirt. Im Uebrigen glaube ich kaum, daß nach allem, was vorher gegangen, eine Anklage erfolgen wird.

St. Ingbert. Die Genossen werden sich schon gewundert haben, so wenig aus der Saar- und Niederrhein mit ihren Tausenden Arbeitern zu hören. Es liegt an den besonderen Verhältnissen. Wir haben hier nach drei, vier Richtungen Front zu machen. Hier ist Alles entweder „Sant“ oder „Königlich.“ Schon die Ortsnamen sind bezeichnend. So haben wir in der Umgebung außer St. Ingbert, ein St. Johann, St. Arnual, St. Thomas, St. Avel, St. Wendel, ein Wilschheim, ein Engelfangen, ein Heiligenwald; Marpingen liegt in der Nähe und zwar mit seinen Reliquien und Kaplan Döbber nicht fern. Dann haben wir Königl. bayr. Kohlengruben in St. Ingbert und Verbach; Königl. preuss. Gruben die Saar entlang, Königl. Eisenbahnwerkstätte und Königl. Stumm nicht zu vergessen. Außerdem giebt es hier große Eisenwerke, wo die Parteigehörigkeit scharf kontrollirt wird. Das hat zur Folge, daß unter den Arbeitern eine Menge Vorstandsmitglieder, Rücksichtsmänner und abwartende Vertreter sich befinden. Versammlungen zu Stande zu bringen, ist fast unmöglich, und man muß sich auf die feierliche Kleinriegelstatik beschränken und qualitativ zu ersetzen suchen, was quantitativ vorläufig nicht ausführbar ist.

Aus Baden, 29. März. Der Fall, daß das Urtheil eines Schwurgerichts vom Reichsgericht in Leipzig aufgehoben wird, ist eine Seltenheit, insbesondere ein solches in einem Preprozeß. Bei uns in Baden werden sämmtliche Vergehen, die durch die Presse begangen sind, vor den Geschworenen abgeurtheilt. Leider, muß man sagen, soweit es sich um sozialdemokratische Redakteure als Delinquenten handelt. Denn es ist eine Seltenheit, daß eine Geschworenenbank, auf welcher politische Gegner sitzen, die nötige Objektivität in der Rechtsprechung wahrnimmt. Das Schwurgericht in Karlsruhe hat im Januar gegen die Redakteure des „Vollstrecker“, Adolf Beck und Phil. Teufel im Ganzen über 2 Jahre Gefängniß verhängt. Der Prozeß wegen des Abdrucks des Lafargue'schen Aufsatzes: „Die Fliegen und die Spinnen“ allein schon trug dem verantwortlichen Redakteur Adolf Beck, in dessen Abwesenheit und ohne dessen Kenntniß die Aufnahme geschah, 9 Monate, dem Schriftföhrer Teufel 6 Monate ein, während gegen drei weitere Personen der Prozeß noch schwebt. Redakteur Beck beruhigte sich nicht mit dem Urtheil und legte auf Anrathen des Rechtsanwalts und Parteigenossen Bottenstein in Karlsruhe Revision gegen das Urtheil ein. Die Revision demängelte die Anwendung des § 190 und die Art der Publikation des Urtheils. Das Reichsgericht hob am 12. v. M. das Karlsruher Urtheil auf sammt seinem thatsächlichen Untergrund und verwies den Fall zur anderweitigen Verhandlung an das Schwurgericht in Karlsruhe. Es wird in dem Erkenntniß betont, daß in der Fragestellung an die Geschworenen die rechtlichen Forderungen des § 190 nicht richtig ausgesprochen wurden.

So groß das Aufsehen war, welches jene Verurtheilung überall, selbst bei unseren größten Gegnern erregte, so befriedigt wird man überall diese Entscheidung des Reichsgerichtes entgegennehmen. Bedauerlich ist nur, daß die neue Verhandlung wieder dem Karlsruher Landgericht angeteilt wurde. Bedauerlich ist ferner, daß der Mitverantwortliche, Genosse Teufel, der im Landesgefängniß zu Freiburg sitzt, sich der Revision nicht angeschlossen hat. Das hindert nicht, daß ihm, nicht auf dem Gnaden-, sondern Rechtswege der betreffende Theil seiner Strafe erlassen werden kann.

# Theater.

**Donnerstag, den 2. April.**  
**Opernhaus.** Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.  
**Schauspielhaus.** Der neue Herr.  
**Lesing-Theater.** Der Proberheil.  
**Berliner Theater.** Goldfische.  
**Deutsches Theater.** Die Kinder der Egeles.  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Der Vogelhändler.  
**Wallner-Theater.** Mit Helnet.  
**Residenz-Theater.** Vater u. Sohn.  
**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.  
**Sellekianze-Theater.** Gavaut, Minard u. Co. Vorher: Die Obaliste.  
**Stend-Theater.** Maria Stuart.  
**Thomas-Theater.** Der Millionenbauer.  
**Adolph Ernst-Theater.** Adam und Eva.  
**Kaufmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Belle-Alliance-Theater.**  
**Donnerstag, den 2. April 1891:**  
 Zum 12. Male:  
**Gavaut, Minard & Co.**  
 Schwan in 3 Akten von Edmond Gondinet. Deutsch von Weyl. Vorher zum 1. Male:  
**Die Odaliske.**  
 Schwan in 1 Akt von E. Gsner. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.

**Stabliement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walker-Abend.  
 Großer Frühstück- und Mittagstisch.  
 Spezial-Kuchentisch von Bahnhofs-Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 641 **F. Müller.**

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert**  
 aufgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor H. Sanftleben unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor Travieki aus Rom.  
 Empfehle zugleich meinen Frühstück- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
 708 **F. Sadtke.**

**Berl. Bock-Brauerei,**  
 Tempelhofer Berg.  
 Täglich:  
**Alt-Berlin auf d. Bock.**  
 Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der  
**Bock-Saison 1891,**  
 verbunden mit gr. Militär-Konzert.  
 Anfang: 7 1/2 Uhr.  
 Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.  
 Berl. Original-Bodier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

**Passage-Panopticum.**  
 Unter d. Linden 22/23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
**Amerikanerin**  
 m. 25 cm langem Vollbart.  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
 Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
**Azteken.**  
**Prof. Dr. R. Koch**  
 im Laboratorium.  
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.  
 Allen Kollegen und Parteigenossen empfehle meine **Restauration** (zu jeder Tageszeit warme Speisen); großes Zimmer mit Piano für Gewerkschaften und Vereine, Billard steht zur gef. Verfügung. Um Zuspruch bitten  
**Adolph Flick, Simeonstr. 23.**

**Emma Seidel,**  
 Modistin, [1b]  
**Markusstr. 12, I. (Choringang),**  
 empfiehlt sich Genossinnen zur Anfertigung gutsitzender Garderobe.

Unsern lieben Freunde 433 L  
**J. Gschinski nebst Frau**  
 die herzlichste Gratulation zur silbernen Hochzeit.  
**Einige Freunde.**

Meinem Freund, dem Springer Herrn **Karl Gräß nebst Frau**  
 zur silbernen Hochzeit ein fröhliches Hoch!  
 1897 b  
 Sein Freund **A. G.**

Den **Gräß'schen Eheleuten**, die heute vor 25 Jahren in ihre Wohnung zogen und am heutigen Tage daselbst das Fest der silbernen Hochzeit begehen, zu den seltenen Ereignissen die herzlichste Gratulation. Mehrere Bekannte. S. J. T.

Empfehle den Genossen mein **Weiß- u. Sairisch-Bierlokal Weinst. 22**  
**Restaurant zur Einigkeit.**  
 Vereinszimmer mit Piano steht zur Verfügung. Die Zählstelle der Vereinigung der Drechsler Deutschlands (Stochbranche) ist daselbst. Achtungsvoll  
 1897 b **F. Steuer.**

Mein **Rohtabak-Geschäft**  
 befindet sich jetzt  
**Weinbergsweg 4**  
 am Rosenthaler Thor.  
**Eberhard Herz.**

Men! D. R. P. Nr. 52 149 Men!  
 Schnell! Billig! Bequem!  
 Vollständig gefahrlos ist die Einrichtung zum  
**Gefahrlosen Tränken**  
 des zum Feueranzünden dienenden Holzes mit Petroleum



und kostet  
 jährlich nur  
 25 Pf.,  
 wenn täg-  
 lich vier-  
 mal Feuer  
 ausgezündet  
 wird, sei es  
 mit Rief-,  
 Birken-,  
 Buchen-,  
 Eichen- od.  
 Eschenholz.  
 Nach viel-  
 Bemühun-  
 gen ist es  
 uns gelun-  
 gen, den  
 Apparat prakti-  
 sch und ein-  
 fach herzu-  
 stellen, daß  
 sogar jedes  
 Kind Feuer  
 anzünden kann,  
 ohne dabei in  
 Gefahr zu  
 kommen, sich  
 und Anderen  
 Schaden zuzufügen,  
 wie es schon  
 so vielen Hun-  
 derten ergan-  
 gen ist. Darum  
 können wir  
 man nicht, sich  
 eine solche  
 Universal-  
 Zündfabrik für  
 den billigen  
 Preis von  
 75 Pf. an-  
 zuschaffen. Die  
 Einrichtungen  
 sind zu haben  
 in jedem **Eisen-  
 waaren-Geschäft**  
 u. ahn. Branchen.  
 General-Vertrieb:  
**H. L. Baumann in Berlin SO.,**  
 Wienerstr. 21. 378 L

**Möbel, Spiegel und**  
**Polsterwaren.**  
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
 Brunnensstraße 28, Hof parterre.  
 Zehlpachtung nach Uebereinkunft.

**H. GUTTMANN**  
 Stempel-,  
 Schablonen-,  
 Schilder-  
 Fabrik  
 Berlin N., Brunnensstr. 9.  
 Stempel!

**Küchen-Möbel, Spinden, Fische,**  
 Rahmen verkauft billigst die Tischlerei  
 Schönhauser Allee 172. 1360 b

**Berlag des „Vorwärts“**  
 Berliner Volksblatt  
 Berlin SW., Beuthstrasse 3.

**Schriften**  
 zum  
**Achtstundentag!**  
 Als äußerst wichtig für die Agitation zur Verkürzung der Arbeitszeit empfehlen wir den Genossen:  
**Kautsky, A.,** Der Arbeiterschub, besonders die internationale Arbeiterschub-Gesetzgebung und der Achtstundentag. 2. Aufl. 80 Pf.  
**Ernst, P.,** Die Arbeiterschub-Gesetzgebung und ihre internationale Regelung. 15 Pf.  
**Seidel, R.,** Der Achtstundentag vom Standpunkte der Sozialökonomie, der Hygiene, der Moral und Demokratie. 10 Pf.  
**Der Kampf um den Achtstundentag.** Eine Zeitschrift. 10 Pf.  
**Geib, Aug.,** Der Normalarbeits- tag. 10 Pf.  
**Friedrich, Heinrich,** Der erste Mai. Ein Zeitbild in drei Akten. 40 Pf.  
**Quark, Dr. M.,** Die Arbeiterschub-Gesetzgebung im Deutschen Reich. 1 Mark.

**Nachruf.** [150/5]  
 Am Sonntag, 29. März, Morgens 5 Uhr, verstarb nach längerem Leiden unser treues Mitglied und Genosse  
**Robert Nürnberg,**  
 Bärthelstr. 3. Der Verein wird dem unerwähnten Förderer des Vereins ein dauerndes Andenken bewahren.  
 Der Vorstand  
**des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths Berlins u. Umgegend.**

**Central-Kranken- u. Sterbekasse**  
**der Tischler u. j. w.**  
 C. S. Hamburg. Filiale Berlin D.  
 Die Wohnung des Bevollmächtigten **August Rosenhagen** ist von jetzt ab **Rathenowerstraße 43, Quergeb. 3 Treppen.** 303/2

**Freie Vereinigung der**  
**Seifensieder**  
**und Berufsgenossen.**  
 Am Sonntag, den 5. April,  
 Vormittags 10 1/2 Uhr,  
 in **Scheffer's Salon, Inselstr. 10:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Herrn Julius Lürf.  
 2. Diskussion. 3. Vierteljahres-Bericht vom Kassirer. 4. Entziehung der Monatsbeiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes.  
 262/5 **Der Vorstand.**

**Achtung!**  
**Klavierarbeiter und verwandte**  
**Berufsgenossen!**  
 In der Pianoforte-Fabrik von **Mak & Co.** haben die Arbeiter wegen Voharreduzierung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fern zu halten.  
 186 **Die Kommission.**  
 NB.: Sammelisten können jeden Abend bei **Binger, Raungrstr. 78;** bei **J. Meyer, Andreasstraße 12,** und bei dem Beitragsammler für den Norden **H. Neumann, Ackerstr. 133, 2. Hof,** im Keller, empfangen und abgegeben werden. 186/24

**Rohtabak A. Goldschmidt,**  
 Spandauerbrücke 6,  
 am hiesigen Plage bekanntlich  
**Größte Auswahl. Garantiert**  
**starker brennende Tabake.**  
 Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.  
**A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,**  
 am Gade'schen Markt. [746

**L. Köpfer & D. Delcourt,** [460/1]  
**Klempnerei,**  
 Wienerstraße Nr. 28, II. Hof.  
 Wir empfehlen uns zur Ausführung aller ins Fach einschlagenden Arbeiten.

**Den Parteigenossen**  
 empfehle ich mich zur Anfertigung gut sitzender **Herrn-Garderobe.**  
**A. Böttcher, Schneidermeister,**  
 Fürbringerstr. 30. [332 L

**Steppdecken!!**  
 Größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefevres Fabrik,** Berlin, Dronienstr. 158. [377 L  
 1 Posten **Schlafdecken** in kleinen reinen **Flecken.**  
 Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.  
**Werth das Doppelte!!**  
 Mühe. Preisliste gratis u. franko.

**Arbeitsmarkt.**  
 12 tüchtige 451 L  
**Galanterie-Arbeiter**  
 werden, theils auf **Plüsch, Leder und Segeltuch** eingearbeitet, für dauernde und lohnende Beschäftigung gef. von **J. C. Richter, Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstr. 13.**

Ein tüchtiger **Waisenschneider** wird gesucht 2b  
**Schneidmühle Sellermannstr. 93.**  
 Junge fleißige Frau sucht **Wasch- u. Reinmachestellen.** Kottbuser Damm 8, Hof rechts 1 Tr. bei Döscherski. [1358 b  
 1 tücht. **Maier a. G. b. Iohn** Besch. sof. gef. **Prinzenstr. 31, v. 8 Tr. r.** [108 M  
**Tischler** verl. **Thürmann, Rheinsbergerstraße 41.** 4b  
 M a m e l l s auf **Regen-Paletots** verlangt **Kalksch, Wienerstraße 62, Ecke Gauscherstraße.** 5b

**Achtung Maurer Berlins!**  
**Große öffentl. Maurer-Versammlung**  
 am Sonntag, den 5. April, Vormittags 10 Uhr,  
 im **Feen-Palast, Burgstrasse 22.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zum 8. deutschen Maurer-Kongress. 2. Wahl der Delegirten zu demselben. 3. Wahl der 3 Delegirten zu der Berliner Bauhandwerker-Konferenz. 4. Gewerkschaftliches.  
 Maurer Berlins, die Ihr Euch Maurer nennt, erscheint alle in der so wichtigen Versammlung und zeigt, daß Ihr noch die Alten seid, die Ihr früher gewesen seid.  
**Carl Weiske, Ziegelstr. 27.** 234/14

**Oeffentliche Versammlung**  
**der Schneider u. Schneiderinnen**  
 am Donnerstag, den 2. April 1891, Abends 8 Uhr,  
 in den **Armin-Hallen, Kommandantenstrasse 20.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung der Kommissionen. 2. Vortrag des Stadtfr. Zuboll. 3. Diskussion. 4. Die weitere Regelung und Befestigung des Arbeitsnachweises und des Auskunfts-Bureaus. 5. Ergänzungswahl der Agitations-Kommission. Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen ist es, zu erscheinen.  
 276/5 **Die Agitations-Kommission.**

**Achtung Maurer Charlottenburgs!**  
 Am Sonntag, d. 5. April, in **Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße,**  
 Vormittags 9 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 der **Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gr. z. Einigkeit.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wahl der Delegirten zur außerordentlichen General-Versammlung, betreffs der Statutenänderung. 2. Verschiedenes.  
 Wegen Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es Pflicht, pünktlich zu erscheinen. 241/3  
**Der Vorstand.**

Empfehle mein reichhaltiges Lager von  
**Cigarren und Tabacken.**  
**Clara verw. Hasenclever**  
**Chaussee-Strasse 49-50.**

**Apfelsinen Stück 3 Pf.** dänisch-süße Frucht, empfehle die **Schubert-Handlung** 88 v. **B. Vehlows, Lindenstr. 64, 7.**

**Möbel auf Theilzahlung Hugo Lewent, Lothringersstr. 75.**

**Evorabräu** (Färth-Nürnberg) 30 Flaschen für 3 M. in Gebinden von 17 Liter an, à Liter 30 Pf., empfiehlt **Gust. Hering, Berliner Lagerhof**

**Die Arbeiterin.**  
**Zeitschrift**  
 für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.  
 Erscheint wöchentlich einmal (Sonntags früh). Preis pro Quartal 1 Mk. frei in's Haus.  
 Bestellungen nehmen alle Zeitungspediteure, sowie unsere Expedition entgegen.  
 Ausgabe für Berlin: Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt, SW., Beuthstraße 3.

**Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt**  
 Berlin SW., Beuthstraße 3.

In neuer Auflage erschien soeben:  
**Wissen ist Macht, Macht ist Wissen.**  
**Festrede**  
 von  
**Wilhelm Liebknecht.**  
 4 Bogen 8°. — Preis 25 Pf.  
 Durch politische Macht zur Freiheit, um durch sie allen Volkstheilen die Bildung zugänglich zu machen, ist eine mächtige Triebfeder der modernen Arbeiterbewegung. Gerade jetzt dürfte diese Schrift Liebknechts zur weitesten Verbreitung geeignet sein, wo die Gegner mit allen ihren geistigen Waffen die Sozialdemokratie bekämpfen wollen. „Wissen ist Macht“ zeigt, mit welcher Art Bildung die Bourgeoisie die Proletarier abspießt, während sie für sich und ihre Söhne alle Schleusen des Wissens offen hält.

**Rester-Handlung.**  
 Billige Rester zu **Knaben-Anzügen** von 1 M. an, sowie zu großen Anzügen von 6 M. an bis zum feinsten Kammergarn, sowie Rester zu **Regen- und Sommermänteln, Sammt, Seide, Plüsch, Atlas** (alle Befah-Artikel), **Tricot** zu **Taschen, alle Farben;** auf Wunsch **alles zugeschnitten, auch angefertigt, empf. Karle, Waldemarstr. 66, part.**

**Dr. Hoesch, homöopath. Arzt**  
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10  
**Kinderwagen.** Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23, D. P.**  
 Freundl. Schlafstelle **Försterstr. 40,**  
 4 Tr. bei **Lidorius.** 6b  
**Nur 1 Mark.**  
 Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Civil- und Strafproceß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Kaupstr. 7, I. Auch Feiertags.**  
 Hierzu eine Beilage.

## Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

(Original-Korrespondenz des „Vorwärts“)

P. Paris, 31. März.

Der internationale Bergarbeiter-Kongress, dessen Verhandlungen Regierungen wie Ausbeuter mit einem gewissen Bangen, die Proletarier aller Länder aber mit einer freudigen Zuversicht entgegensehen, weil, was auch beschlossen werden mag, die internationale Arbeiterbewegung und Arbeiterverbrüderung immerhin einen neuen Impuls erhält, wurde heute Vormittag, kurz nach 10 Uhr, im großen Saale der Pariser Arbeitsbörse eröffnet.

Auf der Tagesordnung stehen folgende Fragen:  
1. Bildung eines internationalen Verbandes.  
2. Allgemeine internationale Arbeitseinstellung aller Bergarbeiter im Staats- wie im Privatbetrieb zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages.  
3. Verhalten der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern im Falle einer Streitigkeit zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern eines zu dem internationalen Bunde gehörenden Grubenarbeiter-Verbandes.

Die Eröffnung des Kongresses wurde mit einer Rede des 2. Sekretärs der Pariser Arbeitsbörse, Bürger A. Philippe, eingeleitet. Er spricht seine Freude darüber aus, die aus den verschiedensten Ländern entsendeten Delegierten in der Arbeitsbörse empfangen zu können und gibt eine kurze Geschichte der Gründung dieser Institution, die dank dem Pariser Municipalrathe im Februar 1887 eröffnet wurde und von demselben eine Jahressubvention von 20 000 Frs. erhält. Dem Beispiele von Paris seien bereits Marseille, Nîmes, Bessege, Lyon, Bordeaux, Toulouse, Montpellier und Béziers gefolgt und hofft er, daß bald alle Städte Frankreichs sich einer Arbeitsbörse werden zu erheben haben. Er schließt damit, daß nicht bloß Kunst und Wissenschaft international seien, sondern auch das Kapital, dessen Internationalität die internationale Verbindung der Arbeiter entgegen zu stellen sei und heißt die Delegierten herzlich willkommen.

Bürger Ribantier, erster Sekretär der Arbeitsbörse, ergänzt den Redner, indem er darauf hinweist, daß die gegenwärtige Arbeitsbörse bloß bestimmt sei, einen Annex der eigentlichen Arbeitsbörse zu bilden, die sich in der Rue de Chateaubriand gegenüber der Place de la République erhebt und einen Kostenanwand von 4 Millionen Frs. erfordert, welche Summe der Municipalrat großmütig votiert habe und wofür er ihm gern hiermit öffentlich im Namen der Arbeiter seinen Dank ausspreche. Der Kongress, schloß er, repräsentiere zwar nur eine Fraktion des Proletariats, doch sei er überzeugt, daß seine Tätigkeit dem Gesamt-Proletariat zu Gute kommen werde, weshalb er den Kongress mit dem Rufe: „Es lebe die internationale Vereinigung der Arbeiter!“ eröffnet sehen möchte.

Nachdem hierauf beschlossen wurde, bis zur Wahl eines definitiven Bureaus, das aus den Mitgliedern des Organisations-Komitees gebildet beizubehalten, ergreift Bürger Vidard, Mitglied des englischen Parlaments, das Wort, um im Namen der fremdländischen Delegierten den Dank für den ihnen in der Arbeitsbörse gemachten Empfang auszusprechen. Dabei wies er zugleich auf den Fortschritt hin, welchen die Bergarbeiter-Bewegung seit dem in Tolimont abgehaltenen Kongress gemacht habe und betonte die Wichtigkeit, die erforderlich sei, wenn sie an das sich gesetzte Ziel gelangen wollen. Die Bergarbeiter fühlten sich zwar mit den übrigen Arbeitern, nur glaube er hervorheben zu müssen, daß wie die Bergarbeiter vermöge ihrer Beschäftigung und Arbeitsweise eine besondere Stellung einnehmen, auch behufs Verbesserung ihrer Lage v. andere Maßnahmen geschaffen werden müssen. Er hebt auch die Nothwendigkeit eines freien Vereinsrechts hervor, des Rechts, sich national und international zu verbinden, und meint, daß, wenn die Regierungen die Arbeiter und deren Bestrebungen besser verstünden, sie ihnen auch überall volle Freiheit gewähren würden, ohne welche eine friedliche Entwicklung unmöglich sei.

Der Kongress beschließt hierauf, daß jede Nationalität die zur selben gehörigen Mandate selbst prüfe und das Ergebnis dann dem Bureau übermittele.

Nach einer fast einstündigen Pause, während welcher die Mandatsprüfung vorgenommen wurde, wird folgendes Resultat mitgeteilt:

England zählt 41 Delegierte, die 448 636 Bergarbeiter vertreten; Deutschland 19 Delegierte für 141 531 Arbeiter; Frankreich 23 Delegierte für 127 000 Arbeiter; Oesterreich-Ungarn 1 Delegierte für 100 000 Arbeiter und Belgien 15 Delegierte für 82 000 Arbeiter. Die Zahl der Delegierten beträgt somit 99, welche in ihrer Gesamtheit 909 167 Bergarbeiter vertreten.

Aus Deutschland sind anwesend: J. Meyer (Dachau), P. Schröder und J. Bunte (Dortmund), A. Siegel (Dortfeld), G. Dürerhoff (Eving), J. Brodum (Welschenkirchen), J. Schröder (Stein), J. Margraf (Nüßlein), M. Ballmann (Essen), J. Böwenstein (Mann), H. Bauer (Weimar), R. Kahn (Wattenscheid), W. Allen (Kachen), M. Warten (Saarbrücken), J. Thome (Altenfessel), J. Müller (Friedrichthal), A. Strung (Zwickau), während König Elshah-Vöhringen vertritt.

Sämmtliche Mandate wurden für richtig befunden, bis auf eines, das der „Revanche des mineurs“, einer sozialistisch-anarchistischen Gruppe, die vielleicht einige ehemalige Grubenarbeiter in ihrer Mitte zählt, aber kein Bergarbeiter-Bericht ist und keine wirklichen Grubenarbeiter vertritt, wie schon daraus hervorgeht, daß sich ihr Sitz in Paris befindet.

Auf der Befragung des Resultats der Mandatsprüfung schloß gegen 1 Uhr die Eröffnungssitzung des Kongresses. In der Nachmittags-Sitzung, die um 3 Uhr mit der Wahl des definitiven Bureaus begann, die leider viel Zeit in Anspruch nahm, ergriffen Bunt, Mitglied des englischen Parlaments, der zum Generalsekretär des Kongresses, und P. Schröder, der zum Sekretär für die deutsche Sprache ernannt wurde, das Wort. Ueber deren sowohl von den Delegierten, wie von dem auf den Gallerien zahlreich anwesenden Publikum sehr beifällig aufgenommenen Reden berichtet ich in meinem nächsten Schreiben.

In die Tagesordnung tritt der Kongress erst morgen ein.

Ueber den Kongress liegen bis zum Redaktions-Schluss ferner folgende Depeschen der Telegraphen-Bureaus vor:

Paris, 1. April. Die französische Delegation des internationalen Bergarbeiter-Kongresses, welche heute Vormittag zu einer Sitzung zusammentrat, befaßte den Beschluß des Kongresses von Lyon, nach welchem dem Depuirten Laur die Berechtigung als Delegierter der Bergarbeiter von Nîmes de hier verweigert wird. — Die General-Sitzung des Kongresses wurde um 10 Uhr eröffnet. Basly, Vidard und Schröder wurden zu Präsidenten für die heutige Sitzung gewählt. Das Bureau des Kongresses beantragte den Zeitraum für eine Rede auf 10 Minuten, für die Entwicklung eines Amendements auf 5 Minuten zu beschränken. Trotz der Opposition der deutschen und französischen Delegierten, welche für Freiheit der Rede eintraten, wurde der Antrag des Bureaus angenommen. Sodann wurde über die Art der Abstimmung berathen. Die englischen Delegierten beantragten

je eine Stimme für die Vertretung von je 1000 Arbeitern. Die belgischen, französischen und deutschen Delegierten bekämpften diesen Antrag, durch welchen die Stimmen der Delegierten des Kontinents unterdrückt würden, und beantragten, daß die Stimmen nach der Nationalität vertheilt werden. Desjussaux befürwortet die Berücksichtigung der Wünsche der deutschen Arbeiter. Nach einer längeren Rede des englischen Delegierten Cowden, betreffend die Art der Abstimmung wird die Sitzung aufgehoben.

Paris, 1. April. (Tel. d. „Herold“.) Internationaler Bergarbeiter-Kongress. Heute Morgen fand eine Vorberatung der französischen und belgischen Delegierten in der Frage des Abstimmungs-Modus statt. — Es wurde die Abstimmung nach Nationalitäten beschlossen. — Zu Beginn der Sitzung des Kongresses wurden zu Präsidenten gewählt als Vertreter französischer Junge Basly, englischer Vidard, deutscher Schröder. Zahlreiche Justimmungs-Depeschen aus allen Ländern Europas wurden verlesen. Desnet stellte sodann den Antrag auf Abstimmung nach Nationalitäten. Die deutschen Delegierten traten für denselben ein durch den Hinweis auf die Schwierigkeiten, die der Abstimmung deutscher Delegierter im Wege gestanden hätten, weshalb nicht alle deutschen Bergarbeiter vertreten seien, während doch alle mit den anwesenden Delegierten eines Sinnes seien. Desjussaux, als Vertreter der Belgier, unterstützte ebenfalls den Antrag. Die Engländer dagegen bekämpften denselben und verlangten für je 1000 Köpfe der durch die Delegierten vertretenen eine Stimme. Nach einem Besuche des Hotel de Ville wird die Berathung mit demselben Gegenstande fortgesetzt werden.

(Weitere Nachrichten finden sich am Schlusse der Beilage.)

## Lokales.

Der städtischen Schulverwaltung fngt jetzt auch die National-Zeitung ein überschwängliches Loblied, indem sie aus dem dritten, das Schulwesen behandelnden Bande des vor einiger Zeit erschienenen „Berichts über die Gemeinde-Verwaltung der Stadt Berlin in den Jahren 1888-89“ einige Zahlen mittheilt, die „ein großartiges Bild von den Aufgaben der Schuldeputation“ geben sollen. Dabei ist sie aber so vorichtig, diejenigen Angaben, welche den Einbruch des Wildes fördern könnten, wegzulassen. Nachdem sie von dem beständig wachsenden „Schülerheer“, das untergebracht werden muß, erzählt hat, fährt sie fort: „Es ist unterdessen, aus dem Bericht zu ersehen, daß auch in die stetige und dringlich notwendige Vernehrung der Schulbauten der Mauerstreif vor 2 Jahren fndend eingegriffen hat, so daß die Schwierigkeit der Unterbringung der Kinder gerade aus den Kreisen geschaffen wurde, welche nicht laut genug nachher darüber zu Klagen wußten.“

Wie „der Mauerstreif vor 2 Jahren schon in die Vernehrung der Schulbauten in den Jahren 1882-88 fndend eingegriffen haben soll, wird die „N. Z.“ wahrscheinlich selber nicht wissen. In der Regel wird der „fndende Eingriff“ eines Mauerstreifs in die Vernehrung der Bauten erst später gemerkt.

Also hat der Streik vielleicht die gegenwärtige, von uns schon oft gerügte Ueberfüllung der Gemeindeschulen hervorgerufen? Das läßt sich nur entscheiden, wenn man die Besuchsziffern der Schulen nach dem Streik mit den Besuchsziffern vor dem Streik vergleicht. Da ergibt sich denn, daß beispielsweise in dem Zeitraum von 1888-90 die Berliner Gemeindeschulen ununterbrochen im Durchschnitt 16-17 Klassen mit 980-950 Kindern (in jeder Klasse 55-57 Kinder) gezählt haben. Außerdem ergibt sich aus dem Verwaltungsbericht selbst, daß die Ueberfüllung zwar in den siebziger Jahren geringer war, aber schon seit den letzten 10 Jahren in beinahe genau demselben Umfange wie heute bestanden hat; denn während Ende 1873 im Durchschnitt 12-13 Klassen auf eine Schule kamen, waren es Ende 1881 bereits 15-16, Ende 1888 16-17. In dem Bericht heißt es hierzu, entschuldigend, aber ziemlich kleinlaut: „Die Periode des ungestümen Wachstums hatte diese Maßnahme herbeigeführt; man wollte da, wo man baute, auch möglichst vielen Kindern Raum schaffen. Da aber sämmtliche Kinder einer Schule auch der Leitung eines Direktors übergeben sind, so geht die Frage von der Klassenzahl auf das innerste Wesen einer Gemeindeschule. Ungelöst zieht sie sich durch die ganze Berichtszeit.“ Diese Entschuldigung kommt beinahe einer Selbstanlage gleich.

Die Angaben der „Nat. Ztg.“ über die Kosten des Gemeindeschulwesens sind ebenfalls unvollständig. Sie berichtet nur, daß 1888/89 jedes Gemeindeschulkind 46,53 Mark gekostet hat, verschweigt aber, daß die Kosten pro Kind und Jahr auf den Gemeindeschulen von 47,29 Mk. im Jahre 1881/82 allmählich bis 46,53 Mk. im Jahre 1888/89 gesunken, auf den höheren Schulen in derselben Zeit von 88,50 Mk. bis 92,50 Mk. gestiegen sind. Gegenüber, wie sie das Leben schafft, gleichen sich in der Schule ihmlichst aus“, sagt die „Nat. Ztg.“ Das merkt man!

Welch „kolossale“ Löhne die bei Staatsbauten beschäftigten Arbeiter oft erhalten, geht wieder einmal aus folgendem hervor. Vor 8 Tagen waren von dem Verein zur Fürsorge für entlassene Strafgefangene 40 Mann nach Klosterwalde gerufen, um an dem Chausseebau, der von Templin über Klosterwalde nach Jakobshain zu erbauenden Chaussee beschäftigt zu werden. Die Höhe des zu verdienenden Lohnes war den Leuten jedoch vorher nicht mitgeteilt worden.

In Klosterwalde aber wurde ihnen die Höhe des Akkordlohn mitgeteilt. Derselbe betrug für 400 Quadratmeter Schottersteine 15 Mk. — schreibe fünfzehn Mark — und dabei müssen die Steine vom Felde bis auf die Straße geladert und jedes Steinchen einzeln, mit peinlicher Gewissenhaftigkeit, mit der Spitze nach oben gefest werden. Ein fleißiger Arbeiter kann aber pro Tag höchstens 16-18 Quadratmeter sehen, und demnach im günstigsten Falle, da der Quadratmeter 3/4 Pf. kostet, höchstens täglich 60-70 Pf. verdienen. Und für dieses Geld soll der Arbeiter sich betätigen, wohnen, Steuern bezahlen, Sachen schaffen u. s. w. Gegenwärtig liegen in Klosterwalde noch etwa fünfzig Mann polnische Arbeiter auf, welche von ihrer Heimath nach dort verschickt worden sind, selbst denen, die doch sonst für den niedrigsten Lohn arbeiten, ist der Lohn zu gering, und so halten sich dieselben dort auf und verzehren noch ihre paar sauer ersparten Pfennige. Die von dem hiesigen Verein nach dort geschickten Leute trafen dieser Tage wieder in Berlin ein, sie haben sich mühsam bis hierher durchbetteln müssen, und kamen noch ärmer hier an, als sie fortgegangen waren.

Ueber die Auswanderung der ländlichen Arbeiter wird von den „armen“ nothleidenden Großgrundbesitzern stets geklagt. Allein wie diese in allen wirtschaftlichen Feinheiten geübten Herren auch noch von den armen Auswanderern, sobald diese elend und von Allem entblößt wieder in ihre Heimath zurückkommen, ihren Vortheil zu ziehen wissen, das lehrt die folgende kleine Auswanderungs-Geschichte, die in allen ihren Theilen für die Verhältnisse der Kleingrundbesitzer bezeichnend ist. — Wir entnehmen unsere Erzählung einem Briefe des Pächters Friedrich Kr., der an einen seiner Verwandten in Berlin folgendes schreibt:

Du willst wissen, wie ich dazu gekommen bin, nach Brasilien auszuwandern. Nun, ich wohnte damals in P. als Pächter, hatte dort eine Wirtschaft von fünf Morgen Land und zwei Morgen Wiese. Unser Nachbar, der St., bekam eines Tages von einem Bekannten, einem gewissen Krause, mehrere Bücher, die dieser von einem Agenten aus Lissabon geschickt erhalten hatte. In den Büchern war geschrieben, daß Leute, die nach Brasilien auswandern, dort sehr gut aufkommen; sie bekämen dort in den Regierungskolonien große Ländereien und könnten nach wenigen Jahren ein glückliches Leben führen. Unseren Nachbarn und uns gefiel das Schreiben von dem Agenten Jose dos Santos aus Lissabon sehr gut, und wir beschloffen, nach Brasilien auszuwandern. Wir verkauften also unser Vieh und unsere Vorräthe, sowie die Wirtschaftsgewächse; ich hatte daraus im Ganzen etwa 1000 M. gelöst. Wir zogen mit unseren Nachbarn und noch vielen Deutschen. Meine Familie zählte allein 8 Köpfe. Wir fuhren nach Berlin; von dort nach Bremen, wo wir eingeschifft wurden und von wo die Fahrt nach Antwerpen ging; von dort fuhren wir nach Coruna (Kriegshafen in Spanien), wo der Agent Jose dos Santos bei uns auf dem Schiffe erschien und mit uns nach Lissabon fuhr. Während der Fahrt erzählte er uns noch einmal alle die Herrlichkeiten von Brasilien, die wir schon in den Büchern gelesen hatten. Von Lissabon ging es nun über den Ozean; wir fuhren drei Wochen nichts als Himmel und Wasser. Wir landeten zunächst in Bahia; von dort ging die Fahrt nach Rio de Janeiro und von da nach Santos; von dort wurden wir mit der Bahn nach San Paulo gebracht und dort kamen wir in das große Emigrantenhäus. Hier fanden sich denn bald die Plantagenbesitzer ein, welche Arbeitskräfte für ihre Kaffeepflanzungen suchten. Viele Deutsche sind diesen Plantagenbesitzern gefolgt, aber bald wieder zurückgekommen, weil sie wenig verdienten und große Noth anzusehen hatten. Dann sind die Deutschen in ganzen Trupps bei den Konsulaten und Regierungsbehörden erschienen, aber sie haben dort nur erfahren, daß der Agent Jose dos Santos ein Schwindler sei. Die Plantagenbesitzer und ihre schwarzen Zeufels aber umlagerten uns alle Tage und warteten, daß wir uns bei ihnen umsonst zur Arbeit anbieten sollten. Das thaten wir aber nicht, sondern entschlossen uns zur Rückreise, wofür ich bis Hamburg 900 M. bezahlte. Hier verkauften wir unsere Betten, um Geld zum Leben zu bekommen. Wir wurden dann nach Magdeburg hingewiesen, wo Arbeitskräfte für die Ribbenente gesucht wurden; als ich dort ankam, waren Arbeitskräfte überflüssig und ich ging nach Berlin — hier lagte ich einem Schuhmann mein Vieh; der brachte mich und meine Familie nach dem Hof für Odbachlose. Drei Wochen habe ich hier zugebracht, da traf ich zufällig auf der Straße den Sohn des Baron v. S., der in unserer Gegend wohnt. Er gab mir Reisegeld bis M. Hierher bin ich denn auch mit meiner Familie zurückgekehrt; allein mit dem Baron habe ich mich bald erzürnt. Denn er zog uns mehr Reisegeld ab, als er uns gegeben hatte, und zahlte mir auch nicht den versprochenen Lohn. Er hatte mir pro Tag 1 Mark versprochen; er zahlte aber nur für mich 80 Pf., für meinen Sohn 25 Pf. und für meine Tochter ebenfalls 25 Pf., also für uns drei zusammen pro Tag 80 Pf. Außerdem hatte er mir gesagt: Wenn Sie zu Hause gehen vom Kartoffelfammeln, dann nehmen Sie sich soviel Kartoffeln zur Abendmahlzeit mit.“ Dafür hat uns nun der Herr Baron 19 Mark vom Lohn abgezogen. — Das ist ja hier noch schlechter, wie ein Brasilien! Wenn ich denke, ich bekomme Geld, dann rechnet der Herr Baron so, daß ich nichts bekomme. Jetzt hat er auch noch an Herrn S. geschrieben, daß dieser mir keine Arbeit mehr geben soll.

Es würde die Wirkung dieser schmucklosen Erzählung lediglich abschwächen, wenn wir noch Erläuterungen herbeizuführen. — Welcher Arbeitgeber steht stiller tiefer: der brasilianische Unternehmer, der durch Schwindelereien die Europäer zu sich lockt, oder der pommerse Baron, der die Betrogenen in ihrer Heimath ausbeutet?

Junung, Kirche und Polizei. Das Bündniß der drei Kräfte bei der Grundsteinlegung des neuen Junungsgebüdes der „Konordia“ (Bäckermeister-Junung) in rothem Licht. Von den eingeladenen Junungen ließen sich zwar nur zwei vertreten, aber weder ein Geistlicher fehlte, der die Weiherede hielt und übrigens auch Ehrenmitglied der Bäcker-Junung ist, noch ein Polizei-Beauftragter in Gala-Uniform, der vom Polizei-Präsidium beauftragt war. Wenn Kirche und Polizei mit der Junung einverstanden sind, so kann es dieser ja nicht fehlen — das heißt, so lange eben Kirche und Polizei die Säulen der Gesellschaft sind.

XX. deutscher Chirurgen-Kongress. In der großen Aula der Universität fand gestern Mittag um 12 Uhr die Eröffnung des diesjährigen XX. Chirurgen-Kongresses statt. Der Saal war überfüllt, aus allen Theilen des Reiches waren die Vertreter der chirurgischen Wissenschaft anwesend erschienen. Mit Herrn von Bergmann erschien Professor Dr. Koch, dessen Entdeckung den Kongress ja vornehmlich beschäftigen soll.

Herr Thiersch besprach sodann das Koch'sche Heilverfahren und stellte demselben in seinem Vortrage eine günstige Prognose. Die Entdeckung des Koch'schen Mittels halte er persönlich für eine der bedeutungsvollsten überhaupt; er hoffe, daß dieselbe ein gutes Endergebnis liefern werde.

Herr von Bergmann hielt alsdann den einleitenden Vortrag über die Koch'sche Entdeckung.

Der interessante Vortrag gipfelte im Wesentlichen in vier Thesen, von denen die erste die örtliche Entzündung erzeugende Wirkung des Koch'schen Mittels betrifft. Wenn auch die allgemeine (Fieber erzeugende) Wirkung noch bezweifelt werden müsse, weil sie bei einigen anderen Erkrankungen ebenfalls beobachtet werde, so sei wenigstens daran nicht zu zweifeln, daß eine lokale Reaktion auftrete, und zwar überall da, wo sich tuberkulöse Partien befänden. Die zweite These betrifft den ungünstigen Einfluß des Mittels und spricht die Ansicht des Vortragenden aus, daß das Mittel speziell bei Lupus — mit dem sich der Redner vorzugsweise beschäftigt hat — nicht vor der Entdeckung neuer solider Heilmittel schätze. In seiner dritten These kommt Herr von Bergmann auf den Einfluß des Tuberkulins zu sprechen; speziell kommen die übrigen chirurgischen Tuberkulosen außer Lupus in Betracht. In seiner letzten These stellt der Vortragende die Frage auf, wie weit das Thierexperiment zur Prüfung der Koch'schen Entdeckung verworther worden sei und schließt mit der Aufforderung, jedenfalls weiter zu prüfen und zu forschen; vielleicht sei man über Jahr und Tag in einer günstigeren Lage.

In der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Herren König-Öttingen, Scheede und Vansink-Hamburg, v. Giselberg-Wien und Küster-Marburg; von denen die letzteren sich ungünstiger als Herr v. Bergmann über den Werth des Koch'schen Mittels äußerten, während Herr Küster darauf hinwies, daß eine örtliche Reaktion wohl auch noch bei anderen Affektionen in Frage käme.

Den Schluß der Sitzung bildete ein Vortrag des Herrn Senger-Greifeld über „ein in der Behandlung der chirurgischen Tuberkulose“ wirksames Mittel und das Wesen der Jodoform-Injektionen. Derselbe erwähnte die günstige Wirkung eines neuen Mittels, der Ameisensäure, und empfahl dasselbe zur weiteren Prüfung.

**Heinrichsdorf.** Am ersten Osterfeiertag fand im „Sozialistischen“ ein vom hiesigen Arbeiter-Bildungsverein „Zukunft“ arrangiertes Vokal- und Instrumentalkonzert statt. Die Gesangsstücke wurden vom Arbeiter-Gesangsverein „Weiße Rose“ ausgeführt. Trotz strömendem Regen und eisigen Windes fanden sich die Genossen mit ihren Familien so zahlreich ein, daß der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt war. Das sehr sorgfältig zusammengesezte Programm bot in seinen 30 Nummern so viel des Interessanten, daß die Stimmung der Zuhörer eine recht animierte wurde. Der von Genossen Winkel gedichtete und vom Genossen Mantewissel schwingvoll vorgetragene Prolog, die vom Gesangsverein „Weiße Rose“ mit großer Präzision vorgetragenen Gesangsstücke: „Ein Sohn des Volkes“, die Arbeiter-Marschälle, „Am Art, wo meine Wiege stand“ und „Weh, daß wir scheiden müssen“, ferner die geradezu meisterhafte Deklamation „Grubenlichter“ der Genossin Gertrud Mantewissel, die Solovorträge der Genossin Richter („Der Gruss des Gefangenen“) und Hausdörfer („Aufsuf“) — sie alle erregten die Herzen der anständig lauschenden Proletarier und entlockten ihnen rauschenden Beifall, der um so aufrichtiger gemeint war, als er nicht eisten „Künstlern“, sondern ihren Schicksals- und Gesinnungsgenossen galt, die nach schwerer Tagesarbeit noch so viel Zeit fanden, für das Wohlsein der Brüder und Schwestern sich vorzubereiten. Der Jubel erreichte seinen Höhepunkt bei der Vorführung eines vom Genossen Hartwig arrangierten Gruppenbildes, ebenso wollte er nicht verkommen nach dem Vortrage des „Fahnenliedes“, als sich das bekannte Bild „Fasulle mit der Fahne“, vom Genossen Mantewissel kopiert, den Zuschauern zeigte. Ein komisches Intermezzo, „Nachtröchter-Zustimmung“, von sieben Genossen ausgeführt, erregte die Lachmüsten der Zuhörer in dem Maße, daß es wiederholt werden mußte. Ein gemütliches Lätzchen hielt die Genossen bis zum frühen Morgen zusammen.

Ein kleiner Zwischenfall sei hier noch seiner Eigenart wegen mitgeteilt. Während des Sprechens des Prologs erschien ein Gendarm am Eingange des Saales und verlangte Einlass. Als ihm bedeutet wurde, daß hier eine geschlossene Gesellschaft, in der die Polizei nichts zu suchen habe, drohte er, von der blauen Waffe Gebrauch zu machen. Um die Wirkung des Prologs auf die Zuhörer nicht illusorisch zu machen, gestattete man ihm den Eintritt auf kurze Zeit, bedeutete ihm aber schließlich in energischer Weise, daß er das Lokal zu verlassen habe. Es wird sich ja bald zeigen, ob der Gendarm ein Recht zu seinem Vorgehen hatte oder nicht. Ob er sich gut amüsiert hat? — Wir wollen's hoffen!

**In unserer Expedition,** sowie in der Arbeiter-Buchhandlung von H. Baginski in der City-Passage wurde gestern (Febr. XXXIV der sozialdemokratischen Bibliothek („Die Religion des Kapitals“, von Paul Lafargue) polizeilich beschlagnahmt. Die Behörde will in dem Heft eine Beschimpfung der christlichen und jüdischen Religion erblickt haben.

**Polizeibericht.** Am 31. v. Mts. Nachmittags wurde ein 34-jähriges Mädchen vor dem Neubau Adelerstr. 88/84 durch ein aus dem Fenster fallendes Stück Glas so bedeutend am Kopfe verletzt, daß es nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Wäckerstr. 56 fiel zu derselben Zeit ein Arbeiter infolge plötzlichen Ansehens der Pferde von seinem Kohlenwagen und brach das Ellenbogengelenk. Er wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Auf der Waustraße Neue Friedrichstr. 29—34 wurde Nachmittags ein 14-jähriger Knabe, welcher mit mehreren anderen Knaben eine Grube hergestellt hatte, von dem plötzlich nachströmenden Erdreich verschüttet. Er wurde sofort von dem Grenadier-Freund ausgegraben und ins Leben zurückgerufen. Anscheinend hat der Knabe eine Verletzung des Unterschenkels erlitten. — Zu derselben Zeit klappte der mit der Ausschöpfung eines Glasdachs im obersten Stock der Bau-Madame beschäftigte Glasergehilfe Weinhoff infolge eines Fehltritts herab und blieb etwa 3 Meter tiefer auf einem Vorsprung bewußtlos liegen, so daß seine Ueberführung nach der Charité erfolgen mußte. — In der Kangerstraße wurde Abends eine 34-jährige Frau von einem unbekanntem Manne ungerannt und durch den Fall am Unterschenkel anscheinend so schwer verletzt, daß sie nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde eine Handelsfrau in ihrer Wohnung, in der Adlerstraße, erhängt vorgefunden. — Vor dem Hause Oranienstraße 198 fiel Abends ein Arbeiter beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde und erlitt eine schwere Verletzung des Knies, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erforderlich wurde. — In der Nacht zum 1. d. M. sprang eine Arbeiterfrau aus dem Fenster ihrer in 1. Stock des Hauses Mäckerstr. 77 belegenen Wohnung auf den Hof hinab und erlitt außer einem Bruch des Unterschenkels, anscheinend schwere innere Verletzungen. Sie wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Am 31. v. M. Abends fanden fünf kleine Brände statt.

## Berichts-Beitrag.

**Ein Dummheitsstreich,** welcher in Berlin sehr häufig in die Erscheinung tritt, hat Veranlassung zu einer gegen den 16-jährigen Schreiber Max Friedrich gerichteten Anklage wegen groben Unfugs gegeben. In der Reuen Königstraße wurden eines Abends die Passanten durch das wiederholte laute Gebüll des Namens „Dehme! Dehme!“ belästigt, am meisten litt aber unter diesem Gebüll der Träger dieses Namens, der Gemeindeführer Dehme, welcher an jenem Abend die gedachte Strafe passierte, von einigen seiner früheren Schüler erkannt und nun durch unverschämtes lautes Ausrufen seines Namens gepöppelt werden sollte. Herr Dehme, welcher vor Gericht behauptete, daß es sich hier um eine in Berlin leider stark verbreitete Unsitte handele, unter welcher die Gemeindeführer vielfach zu leiden haben, sagte einen der Schreiber ab und drohte ihn mit zur Wache zu nehmen und da dieser den Angeklagten als den Haupttäter bezeichnete, so wurde gegen den letzteren die Anklage wegen groben Unfugs erhoben. Das Schöffengericht hatte den jungen Späßvogel auch zu einer Geldstrafe von 1 Mark verurteilt, trotzdem derselbe versicherte, daß er auf die Verurteilung eines Jungen: „Da geht ja Dehme“, nur gefragt habe „Wo ist Dehme?“ und daß dann plötzlich der Ruf „Dehme! Dehme!“ von fremden Jungen weitergetragen worden sei. Der Brother des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Cohnmann war auch gleichzeitig der Verteidiger desselben und hatte für ihn die Verurteilung eingelegt, da er der Meinung war, daß der Angeklagte für eine sonst etwa in Berlin verbreitete Unsitte nicht verantwortlich gemacht werden könne und ihm in dem vorliegenden Falle ein „lautes Brüllen“ des Namens nicht nachgewiesen sei. Der Gerichtshof hielt aber den Angeklagten für einen Teilnehmer am groben Unfug, glaubte jedoch, daß ein Verweis genüge, um dem Angeklagten die Unsittlichkeit eines solchen „Spaßes“ zur Erkenntnis zu bringen. Die Strafe in Höhe von 1 M. ist der Angeklagte also los, dagegen sollen ihm die Kosten beider Instanzen zur Last.

**Die Unsitte des Duntantreibens in der Neujahrnacht** wird in letzterer Zeit gerichtlich nicht mehr als grober Unfug, sondern als Sachbeschädigung aufgefaßt, welches für die Angeklagten die Folge hat, daß sie wegen des Vergehens mit einer Gefängnisstrafe belegt werden können, während der grobe Unfug, als eine Uebertretung, schlimmstenfalls nur mit einer Haftstrafe geahndet wird. Gestern stand ein gewisser August Dehler wegen einer derartigen Sachbeschädigung vor der 90. Abteilung des Schöffengerichts. Er hatte in der Neujahrnacht einem Kaufmann den Hut dermaßen angetrieben, daß die Kopfschmückung

vollständig unbrauchbar geworden war. Der Staatsanwalt plädierte in längerer Rede für eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Da alle Warnungen durch polizeiliche Verfügungen erfolglos schienen, um der eingewurzelten rohen Unsitte ein Ende zu machen, und da in den wenigsten Fällen der Täter zu ermitteln sei, so empfahl es sich, ein Exempel zu statuieren, wenn hierzu die Gelegenheit sich biete. Der Gerichtshof entschied sich aber doch, dem unbescholtenen und reinigen Angeklagten gegenüber noch einmal Milde walten zu lassen und befahl es daher bei einer Geldstrafe von 20 M., an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Gefängnisstrafe von vier Tagen tritt.

**Der Inhaber des Kaffee's „Börse“, Adolf Stern,** stand gestern wegen Tuldens von Glücksspiel vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. In dem Lokale des Angeklagten hatte sich seit längerer Zeit fast täglich eine bestimmte Gesellschaft zusammengesunden, welche einem Kartenspiel oblag, welches aus Amerika herübergekommen ist und den Namen „Bluff“ führt. Es soll dem bekannten deutschen „Polern“ ähnlich sein und wird deshalb von der Polizei gleich diesem als ein Glücksspiel angesehen. Der Angeklagte sowohl wie sämtliche Zeugen, die an dem Spiele Theil genommen hatten, bestritten, daß Gewinn und Verlust nur vom Zufall abhängig seien, es gehöre vielmehr auch Berechnung und Ueberlegung dazu und vor allen Dingen müsse man die Fähigkeit besitzen, seine Mitmenschen zu beherrschen, da es die Eigenart des Spieles sei, die Mitspieler durch Ueberbieten abzuschrecken oder zu bluffen. Es soll einmal einer der Mitspielenden gegen 1200 M. gewonnen haben, die Zeugen bestritten aber, daß der Umsatz 100 M. selten überschritt. Der Angeklagte wollte von den Zeugen dahin belehrt werden sein, daß das fragliche Spiel erlaubt sei und die letzteren wollten eine Anweisung des Kriminalkommissars Wolff auch in diesem Sinne angefordert haben. Herr Wolff erklärte dagegen, daß er völlig missverstanden worden sein müsse. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 200 M., der Gerichtshof fällt aber ein freisprechendes Urtheil, da angenommen wurde, daß der Angeklagte nicht gewußt habe, daß es sich um ein Glücksspiel handle.

**Hundeschlächter in München.** Anknüpfend an den hier kürzlich gegen den Schlächter Dürr verhandelten Fall, theilt die „N. N. Ztg.“ eine Gerichtsverhandlung mit, welche vor einigen Tagen in München stattfand. Seit etwa drei Jahren verschwand dortselbst Hunderte der verschiedensten Gattung, darunter solche von sehr hohem Werthe. Ende Dezember erwischte die Polizei einen der Hauptdiebe in der Person eines gewissen Döbler, der einräumte, nicht weniger als 80 Hunde gestohlen zu haben. Die Untersuchung ergab damals, daß die gestohlenen Hunde fast sämtlich an Wiesinger Pferdewerger verkauft wurden, welche die Thiere schlachteten und das Fleisch verkauften oder zu Würsten verarbeiteten. Später gelang es, einen zweiten Hundestiefel in der Person des 15-jährigen Maurerlehrlings Johann Meißner ausfindig zu machen. Am 17. Januar wurde dem Professor Dr. Lappeiner ein Hundehund im Werthe von 250 M. gestohlen. Es wurde ermittelt, daß ein Hund von dem Aussehen des gestohlenen dem Pferdewerger Lohmeier in Giesing angeführt worden war. Der Professor bezog sich zu dem Genannten und wußte durch Drohung mit der Polizei Zutritt zu dessen Schlachtkammer zu erlangen. Hier hingen nicht weniger als fünf geschlachtete Hunde an der Wand, darunter auch der vermispelte Hund des Professors. Es waren durchweg edle Hunde, die der jugendliche Meißner gestohlen und an Lohmeier für 150 M. bis 5 M. verkauft hatte. Meißner wurde zu sechs Monaten Gefängnis und 21 Tagen Haft verurtheilt, gegen Lohmeier wird demnächst wegen Hehlerei verhandelt werden.

## Arbeiterbewegung.

### Deutscher Textilarbeiter-Kongress.

(Schluß.)

Einen der Hauptzwecke des Kongresses bildete die Schaffung einer einheitlichen Organisation. Ueberall in Deutschland, wo es eine Textilindustrie giebt, bestehen nunmehr lokale Organisationen. Es galt aber, möglichst einen Zusammenschluß derselben herbei zu führen und namentlich auch mit dem bisherigen Prinzip der freiwilligen Beiträge zu Gunsten einer bestimmten, für jedes einzelne Mitglied feststehenden Steuer zu brechen. Ueber die künftige Gestaltung der Organisation herrschte allerdings starke Meinungsverschiedenheit, weil die verschiedenen Vereinigungen hier dieser und dort jener Organisationsform hingerathen sind. Allgemein war man für eine allgemeine Organisation der Textilarbeiter aller Branchen in einem Orte. Die Zentralisation in diesem Sinne erschien, damit sich nicht ein Kostengeist der einzelnen Branchen herausbilde, auch den sächsischen Delegirten unerlässlich, welche sich im übrigen der Zentralisation über das ganze Reich nicht anschließen zu können erklärten. Hienach nach den Vorschlägen des Berliner Agitationskomitees wurde ein Organisationsplan, der die Zentralisation auch in dem letzteren Sinne zum Prinzip hat, auf Grund der Vorarbeit einer Fünfzehner-Kommission des Kongresses in allem Wesentlichen unverändert angenommen. Sitz des Verbandes ist Berlin. Sitz des Ausschusses — nachdem Forti in Konsequenz seiner Stellung zur Frage der Organisationsform abgelehnt hat — Barmen-Monsdorf. Das Vertrauensmännersystem bleibt bestehen, ebenso als Spitze desselben das Berliner Agitationskomitee, welches durch ein weibliches Mitglied ergänzt wird. Der Mitgliedsbeitrag wird für den Verband auf wöchentlich 10 Pf. festgesetzt. Die Delegirten aus dem Königreich Sachsen und aus Meißn. a. L. enthielten sich der Abstimmung. Einzelne Delegirte, so die für Forti, stimmten dagegen.

Von hervorragender Wichtigkeit war der Punkt der Tagesordnung: „Arbeiter-Kontrollmärkte für Erzeugnisse der Textil-Industrie.“ Hierüber referierte Reichelt-Chemnitz. Er theilt mit, daß bereits eine Genossenschafts-Wirkerlei der Chemnitz gegründet worden sei, die vorzugsweise die Waaren mit Kontrollmarke vertreibt. Der Erfolg ist dort ein so guter gewesen, daß die von den Arbeitern gegründete Fabrik nicht alle Aufträge ausführen konnte. Deshalb wird jetzt auch an Fabrikanten die Marke abgegeben. Dies geschieht aber nur, wenn der Fabrikant sich verpflichtet, einen — vorläufig, einschließlich der Pausen, neunständigen — Arbeitstag einzuführen, seinen Arbeitern einen um 20 pCt. höheren Lohn zu zahlen, als der höchste am Orte gezahlte Wirkerlohn ist, ferner die Arbeiter anständig behandeln und solide Waare herstellen. Die Schwierigkeiten verhehle er sich nicht. Die Güte der Waaren müsse fortwährend einer Kontrolle unterworfen werden. Betrügereien mit der Kontrollmarke würden nicht verhängt werden können. Aber die Schwierigkeiten ließen sich überwinden. Die Kontrollmarke sei ein neues, werthvolles Kampfmittel der Arbeiter, und die gesammte Arbeitererschaft Deutschlands müsse sich verpflichten, nur mit der Kontrollmarke versehenen Waaren zu kaufen. (Beibehalter Beifall.) An der Debatte theilnehmten sich Bieweg, Haupt, Jrl. Schulz, Häbisch, Lütgenau u. A. Der Kongress gab die Erklärung ab, daß er die Angelegenheit in jeder Hinsicht unterstützen werde.

Der „Arbeiter-Schutz“ wurde, weil die Verhandlung der Gegenstände von größter aktueller Bedeutung, die ganze übrige Zeit des Kongresses in Anspruch nehmend, von der Tagesordnung abgesetzt.

**Ueber „Streiks und Boykotts“** referirten Gbert-Hof in kürzerer und Dr. Lütgenau-Straußberg in längerer Rede. Beide warnten zur Zeit nachdrücklich vor Streiks. Lütgenau behandelte Streiks und Boykotts ausführlich (die Rede soll im Protokoll, das als Prospekt erscheint, gedruckt werden); er bezeichnet es u. A. als einen Irrthum, daß der Berliner Boykott gegen die Brauereien gescheitert sei, vielmehr

habe er seinen Zweck, die Sprengung des Ringes der Brauereien und die Verhinderung eines wiederkehrenden Saalverweigerungs-systems, erfüllt. Er sah seine Ausführungen schließlich in folgender Resolution zusammen: „Der erste deutsche Textilarbeiter-Kongress beschließt in den Fragen des Streiks und des Boykotts folgendes: Der Streik ist eine Wirkung und ein Stück der kapitalistischen Wirtschaft- und Produktionsweise; es ist ein Unsin, für die Streiks die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Inwiefern infolge der Uebermacht des Kapitals und infolge der den Arbeitern feindlichen Stellung der Behörden, welche nach dem Zuständnisse des Ministers v. Bütticher die Mandatare der Unternehmerrasse sind, sowie infolge der niederrückigen Haltung der liberalen Presse gegen die in der Verweigerung zum Streik greifenden Arbeiter sind in Deutschland die meisten Streiks erfolglos gewesen; wir empfehlen daher künftig nur absolut gebotene Abwehrstreiks. Die kurzfristige deutsche Bourgeoisie hat, indem sie das durch die heutigen Besetze den Arbeitern gestattete Mittel zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage Ansehen machte, selbst die Arbeiter bestrahlt in der Erkenntnis, daß die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Rückkehr der Arbeitsmittel an das arbeitende Volk herbeigeführt wird, und in dem Willen, diese Befreiung durch die Arbeiterklassen selbst zu erlangen. Der Boykott ist eine vorzüglich zu gebrauchende, aber sehr wirksame Waffe gegen die Unternehmer und gegen alle Willensvollstrecker der Unternehmer. Wir empfehlen den Gebrauch dieser Waffe als ein Mittel, die Lage der Arbeiter und damit ihre Chancen im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit zu verbessern.“ (Beibehalter Beifall.) Diese Resolution wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. In der Diskussion erklärte u. a. Bitterlein-Gera und der zweite Referent die Brutalität der Unternehmer als allein dafür verantwortlich, wenn Arbeiter den Austritt aus dem Fachverein beschließen.

Die Stellung des Kongresses zu dem abgelehnten Punkte des Arbeiter-Schutzes legte eine längere Resolution, vorgelesen von Beyer-Kottbus, dar. Sie enthält die bekannten Forderungen des Arbeiter-Schutzes, stellt sich aber bezüglich der Frauenarbeit auf den Standpunkt, daß dieselbe thöulich eingeschränkt sei. Die Resolution wurde angenommen gegen die Stimmen der Delegirten für Berlin, Rixdorf, Wernau und Straußberg, welche nicht für den Passus stimmen zu können erklärten, daß Frauen nicht in Betrieben, welche ihrem Organismus schädlich seien, beschäftigt werden dürften. Die weiblichen Delegirten stimmten, bis auf Jrl. Schulz-Berlin, mit der Mehrheit.

Auf die Abhaltung eines internationalen Textilarbeiter-Kongresses wurde nach kurzer Diskussion verzichtet. Der internationale Sozialistenkongress in Brüssel wird von den deutschen wie von den ausländischen Textilarbeitern besucht werden. Ein Situationsbericht in deutscher, französischer und englischer Sprache wird demselben in 500 Exemplaren vorgelegt werden; seine Abfassung und Herstellung übernahm das Berliner Agitationskomitee. Der Kongress war der Ansicht, daß durch den internationalen Arbeiterkongress auch der besonderen Sache der Textilarbeiter mindestens ebenso viel genützt werde, wie durch einen internationalen Textilarbeiter-Kongress.

Betreffs des 1. Mai hieß der Kongress nach kurzer Erörterung die Vorschläge der Reichstagsfraktion gut und überließ das Einzelne den Arbeitern und Genossen der einzelnen Orte.

Am Sonntag Abend fand im Kongresssaal, der überfüllt war, eine Volksversammlung für Frauen und Männer statt, in welcher fünf Referenten auftraten. Den Genossen und überhaupt der Bürgerschaft von Pöthen sind die auswärtigen Delegirten für die überaus herrliche Aufnahme zu Dank verpflichtet und werden sie in gutem Gedächtnis behalten. In Pöthen hat der Kongress jedenfalls einen guten und nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Das Wichtigste aber ist, daß er die Arbeiter-Bewegung in hohem Maße genützt hat.

**Prag, 31. März.** Die streikenden Maurer fordern einen Minimal-Lohn von 2 Fl. und den Beginn der Arbeit um 7 Uhr anfast um 6 Uhr Morgens. Am Nachmittag fanden geringfügige Ansammlungen statt; eine Person wurde verhaftet.

**New-York, 31. März.** Nach Meldungen aus Pittsburg sind Verhandlungen eingeleitet, um zwischen den Besitzern der Steinkohlengruben und den Arbeitern eine Vereinbarung zur Beendigung des Ausstandes herbeizuführen.

## Soziale Ueberblick.

**Achtung, Steinmehnen!** In der St. Sebastian-Kirche (Gartenplatz) haben die Steinmehnen wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Der Steinmehnenmeister Förster aus Riesa, der die Steinmehnenarbeit übernommen hat (und, nebenbei gesagt, die Arbeit um ein ganz bedeutendes billiger liefert, als der Windessforbende der Berliner Meister), will nämlich nur 60 Pf. Lohn bezahlen, also mithin unter dem Berliner Minimallohn arbeiten lassen.

Wir richten hiermit an sämtliche Kollegen die dringende Bitte, sich mit uns solidarisch zu erklären und den Zuzug nach diesem Bau fern zu halten.

Mit kollegialischem Gruß: Die streikenden Steinmehnen der St. Sebastian-Kirche.

NB. Die anwesenden Kollegen von Riesa arbeiten vorläufig weiter. Der ausführliche Bericht erfolgt am nächsten Sonntag in einer öffentlichen Versammlung.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Mechaniker.** In der elektrischen Fabrik von Abier-Haas & Angerstein, Kommandantenstr. 18, ist gestern, am 1. April, Streik ausgebrochen wegen unannehmbaren Fabrikordnung. Kollegen! Zuzug ist fern zu halten. Näheres morgen im „Vorwärts“. Die Kommission.

**Halle a. S., 31. März.** Der Streik der Formner bei Heyland und Ungnade dauert fort. Zuzug ist fern zu halten. Die Streikkommission der Formner von Halle a. S.

**Situationsbericht der Generalkommission.** Wir haben es bisher leider unterlassen, in unseren Berichten der Mainzer Tischler zu gedenken, weil die Tischler-Organisation anerkannter Weise diesen für sie mit enormen Opfern verbundenen Kampf aus eigenen Mitteln geführt hat. Nichtsdestoweniger wollen wir es nicht veräumen, das bisher Unterlassene nachzuholen und die Genossen allerorts darauf hinzuweisen, daß auch dieser Kampf durch die Unternehmer herausbeschoren worden ist. Immer dasselbe Lied, geböhntlich auch noch unter der alten Melodie: Dem Arbeiter geht es noch zu gut, er muß weniger Lohn haben und länger arbeiten, damit er nicht übermüthig wird.

Wir bitten die deutschen Genossen, auch diesem mit aller Energie geführten Kampfe ihre Sympathie nicht zu verjagen, sondern für genügende Mittel zu sorgen.

Die Lage in den anderen von Umständen betroffenen Städten ist nur unwesentlich verändert. Die Zahl der Gemahregelnen hat sich etwas vermindert.

Gleichzeitig bemerken wir aber auch zu unserem Bedauern, daß die Leistungen der einzelnen Gewerkschaften an die Generalkommission geringere geworden sind. Es muß diese Thatsache, welche die in letzter Zeit veröffentlichten Quittungen beweisen, um so unangenehmer berühren, wenn man bedenkt, daß jeder Einzelne aus den bisher erfolgten Leistungen der Generalkommission entnehmen muß, daß hier größere Verpfichtungen eingegangen worden sein müssen. Wir möchten den Gewerkschaften zu bedenken geben, daß diese Verpfichtungen erfüllt werden müssen. Andererseits würden wir aber den sich doch schon wiederholt

fähbar gemachten Fehler, nur dann etwas zu leisten, wenn Ausfälle eingetreten sind, beibehalten, und dies würde zum großen Schaden für die Fortentwicklung unserer Gewerkschaftsbewegung gereichen. Wir können nicht eindringlich genug davor warnen, an diesem Fehler festzuhalten, und bitten dringend, endlich damit zu beginnen, einen festen Fonds zu bilden, um nicht bei jedem eintretenden Rückschlag mit dem Klingenbeutel durchs Land gehen zu müssen.

**Quittung über eingegangene Gelder bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 19. bis 25. März.** Kassenverein der Hausarbeiter, Neu-Jensenburg 12,40. Glasergesellschaft Karlsruhe 8.—, Kommission der Tabakarbeiter Berlin 388,50, von Tischlern Oranienburgerstr. 9, 7.—, die H. Reichberger 4,50, zusammen 400.—. Vertrauensmann d. chirurgischen Branche, Berlin 110.—. Von Zigarrenarbeitern in Destrungen, durch Geel, Offenburg 5.—. Gesammelt von Zimmerern Potsdam 2,50. Ueberschuß vom 20. Bezirk, Hamburg 5,25. Ueberschuß der Zellerammlung der öffentlichen Versammlung der Metallarbeiter Berlin und Umgegend 80.—. Vom Altendurger Wahlkreis 100.—. Kontrollkommission, Bremen 180.—. Gesammelt von Tabakarbeitern Köpenick 3,50. Leselub „Gleichheit“, Berlin 10.—. Expedition der „Allgemeinen Arbeiter-Zeitung“, Berlin 1,50. Vom lustigen Kleeblatt, Garburg 2,50. Vereinigung deutscher Schmiede, Filiale Offenbach 10.—. Arbeiter Potsdam, durch Sperber 7,45. Kommission der Tabakarbeiter, Berlin, durch Notes 350.—. Expedition des „Wähler“, Leipzig 178,94. Fachverein der Glasarbeiter des Plauenischen Grundes 50.—. Ueberschuß vom Stiftungsfest der Metallarbeiter - Krankenliste, Filiale Subenburg 20.—. Leselub „Karl Marx“, Berlin 20.—. Gesammelt von Genossen Berlin, „Gleichheit“ 15,55. Verband der Schneider, Filiale Marne 4.—. Verband der Wäcker und Berufsgenossen, Berlin 13.—. Ueberschuß vom Ball der Liedertafel der Schiffszimmerer, „Fortschritt“, Hamburg 10.—. B., Altenburg 3.—. Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer, Nürnberg 80.—. H. D a m m a n n, Raffiner, Hamburg, Fürstenplatz 2, 1. Etg.

In der Quittung vom 5. bis 18. Februar muß es heißen statt Bischofswerder, Bischofsberga 10,50; in der Quittung vom 26. Februar bis 4. März muß es heißen: Kommission der Tabakarbeiter, Berlin, Marx 180,70 u. f. w.

Nachzutragen sind vom 26. Februar: 23. Bezirk Altona, M. 3,40.

## Versammlungen.

**Die Zimmerleute Berlin und Umgegend** hielten eine öffentliche Generalversammlung ab. Diefelbe war in erster Reihe berufen, Stellung zur Mafseier zu nehmen. Nach einem erklärenden Referat des Regierungsverwalters K e f f e r stimmte die Versammlung mit allen gegen vier Stimmen folgender, von Lehmann beantragten Resolution zu:

„Die heute, den 30. März 1891, in Hensel's Salon tagende Generalversammlung der Zimmerer Berlin und Umgegend erklärt sich mit dem von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages gefaßten Beschlusse, die Demonstration zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages vom 1. Mai auf den 3. Mai zu verlegen, nicht einverstanden, beschließt aber:

1. Sich dem Beschlusse der Reichstags-Fraktion unterzuordnen.

2. Am Freitag, den 1. Mai, Abends, eine Versammlung der Zimmerer Berlin und Umgegend mit der Tagesordnung: „Die Bedeutung des Achtstundentages“ abzuhalten. Ein Jeder, der heute hier anwesend ist, hat dafür zu agitieren, daß jeder Zimmerer, welcher an jenem Tage in Berlin arbeitet, in dieser Versammlung erscheint.

3. Am Sonntag, den 3. Mai d. J., früh einen Ausflug mit Familie in die Umgegend Berlin zu veranstalten und ist gleichfalls ein jeder Berliner Zimmerer verpflichtet, sich hieran zu beteiligen.

4. Alle hierzu nötigen Schritte einzuleiten und die erforderliche Agitation zu entfalten, überträgt die Versammlung dem heutigen Bureau.

Das Bureau der Versammlung bildeten die Kameraden L e h m a n n, S c h m i d t und P ä s e l e r.

Im Anschluß hieran erstattete L e h m a n n Bericht über die stattgehabte Bauarbeiter-Konferenz und über die von dieser gefaßten Resolution und sprach sich für die Wiederherstellung des ursprünglichen Passus 1 besagter Resolution aus. Dieser Wunsch wurde von amfenden Verbandmitgliedern lebhaft bekämpft und die Versammlung sahte nach längerer Debatte mit allen gegen fünf Stimmen folgenden Beschlusse:

„Die heutige Versammlung der Zimmerer Berlin und Umgegend beauftragt ihre Delegierten zur Bau-Arbeiter-Konferenz, sich mit denjenigen Delegierten anderer Gewerkschaften, welche sich mit der ersten Vorlage, wie sie der Bau-Arbeiter-Konferenz vorgelegen, einverstanden erklärt haben, in Verbindung zu setzen, um mit diesen gemeinschaftlich den Passus 1 der Vorlage in seiner ursprünglichen Fassung wiederherzustellen.“

Die Versammlung wählte des Weiteren die Kameraden L e h m a n n, P ä s e l e r und W i s t z u Delegierten für den zu bildenden Ausschuss des beschlossenen Komitees der Bau-Arbeiter und sahte unter „Verschiedenes“ folgende Beschlüsse:

1. Die heutige Versammlung macht den in der Generalversammlung vom 10. Februar d. J. gefaßten Beschlusse, daß die dem Kameraden Lehmann aus der Privatloge mit Häkel erwachsenen Gerichtskosten, Rechtsanwalts-Gebühren und Vermögen erseht werden, zu dem übrigen und verpflichtet sich die Amfenden, dafür Sorge zu tragen, daß die erforderlichen Gelder durch freiwillige Sammlungen auf Listen aufgebracht werden.

Listen sind zu haben bei W i l s, Reinholdsdorferstraße 20b, Seitenkugel 3 Tr.

2. Das heutige Bureau wird beauftragt, in der nächsten Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Die Lohnverhältnisse der Berliner Zimmerleute event. Wahl einer Lohnkommission“ und Nachtrags-Abrechnung vom ehemaligen Gesellenauschusse.“

3. Da durch Annahme der Resolution der Bau-Arbeiter-Konferenz die Vertretung der Zimmerer Berlin in der Zentral-Stein-Kontrollkommission überflüssig geworden ist, so erklärt die heutige Versammlung das Mandat der Vertreter des Zimmerergewerks in derselben mit dem heutigen Tage für erloschen.“

Nach verschiedenen Mitteilungen erfolgte Schluß der Versammlung.

**Eine außerordentliche Generalversammlung des allgemeinen Metallarbeiter-Vereins** fand am 26. März statt. Kollege Gerisch erstattete den Bericht über die Thätigkeit des Arbeitsnachweises vom Oktober bis April, aus dem hervorgeht, daß der Arbeitsnachweis im verfloffenen Halbjahre nicht so florirt, als im vorhergehenden; die schwere Krise mit der großen Arbeitslosigkeit ist die Ursache. Der Andrang der Arbeitssuchenden war teilweise ein bedeutend größerer als vorher, jedoch ließen sich von denselben die meisten garnicht einschreiben, wenn sie hörten, daß die Aussicht auf Anstellung gering sei, so daß die Zahl der Eingetragenen geringer war als vorher. Verlangt wurden naturgemäß ebenfalls weniger Personen, nämlich 558 gegen 564 im vorhergehenden Halbjahre; desgleichen ist die Zahl der indirekt Untergebrachten eine kleinere. Die Thätigkeit des Arbeitsvermittlers erstreckte sich ferner auf Einleitung von Rechtschulungen und den Vertrieb der Metallarbeiter-Zeitung. Als dritter Punkt stand ein Antrag des Vorstandes auf der Tagesordnung: den Arbeitsnachweis mit dem 1. April d. J. aufzuheben. Hierzu führte Kollege Gerisch aus, daß von einer vollständigen Aufhebung des Arbeitsnachweises durchaus nicht die Rede sein kann, da aber der neugegründete

Verband, zu dessen Gunsten sich der A.-M.-V. auch nächstens ausspricht, in nächster Zeit ebenfalls einen Arbeitsnachweis einrichten wird, so ist es am zweckmäßigsten, wenn wir uns unseres Arbeitsnachweises so schnell als möglich entledigen. Die Kollegen Bredow und Unger erklärten sich damit einverstanden, jedoch wünscht letzterer, daß der A.-M.-V. den Arbeitsnachweis dem Verbands überweisen möge, welches vom Kollegen Gerisch, als dem Vereinsgesetz zuwider, bekämpft wird. Der Antrag des Vorstandes wird sodann einstimmig angenommen. Sodann verliest Kollege Kurtag die Rechnung vom Vergangenen in der Norddeutschen Brauerei am 21. Februar d. J., welche bei einer Einnahme von 134 M. und einer Ausgabe von 101 M. einen Ueberschuß von 33 M. aufweist. Auf Antrag des Revisors Bredow wird dem Komitee Decharge erteilt. Sodann erstattet Kollege Bredow den Bericht der Revisoren über das Sommerfest am 16. August v. J. und über das Stiftungsfest am 15. September v. J. Ersteres erzielte eine Einnahme von 710,10 M., verursachte eine Ausgabe von 571,55 M., mithin bleibt ein Ueberschuß von 138,55 M.; bei letzterem betrug die Einnahme 417,90 M., die Ausgabe 326,55 M., bleibt ein Ueberschuß von 91,35 M. Ferner theilt Kollege Bredow mit, daß 89 Herren- und 76 Damenbillets nicht zurückgeliefert sind, mithin muß man annehmen, daß die betreffenden Personen die Billets verkauft und das Geld für sich verbraucht haben. Er geht sehr scharf ein verächtliches Gebahren und empfiehlt, diesen Personen jedes Vertrauen zu entziehen. Dem Vergnügungskomitee wird Decharge erteilt. Unter Verschiedenem machte Kollege Hartmann auf die am 31. März stattfindende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung behufs Stellungnahme zum 1. Mai aufmerksam und legt den Kollegen aus Herz, zahlreich zu erscheinen. Ferner fordert er die Kollegen auf, die verfallenden Vereinsbeiträge baldmöglichst zu entrichten, da die Auflösung des Vereins bevorsteht und jedes Mitglied es sich zur Ehre schätzen müsse, bis zur letzten Stunde mit seinen Beiträgen auf dem Laufenden gewesen zu sein. Kollege Gerisch theilt mit, daß er in Folge seiner Wahl zum provisorischen Kandidaten des neuen Verbandes sein Amt als zweiter Vorsitzender des A.-M.-V. niederlegt. Ferner fordert er zu regem Abonnement auf die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ auf, welche für den Preis von 65 Pf. pro Quartal frei ins Haus geliefert wird. Bestellungen nimmt Kollege Gerisch entgegen.

### Metallarbeiter-Versammlung.

Eine öffentliche, der Leitung des Genossen Bähold unterstehende Versammlung sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter beschloß sich Dienstag Vormittag mit der Stellungnahme zum 1. Mai, wozu der Genosse Gerisch das einleitende Referat übernommen hatte. Es kommt in Frage, ob wir am Tage des 1. Mai eine Feier veranstalten. In wie weit wir uns an der allgemeinen am ersten Sonntag stattfindenden Feier beteiligen, das möchte ich jedem Einzelnen selbst überlassen wissen, da wir in diesem Jahre schon der Kürze der Zeit wegen und infolge unserer jetzt in der Entwicklung begriffenen Organisation — vorher glaube ich, und das mit Recht, keine Vereinerung befragt, für die gesammten Metallarbeiter etwas zu arrangieren — nicht in Stande sind, noch irgend welche Festlichkeiten zu veranstalten.

Wir können so sagen, daß wir die Idee nicht aufgegeben haben, sondern an ihr festgehalten und nur die Feier auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben haben. In den Metallarbeitern aber wird es liegen, ob dieser Zeitpunkt mehr oder weniger nahe gerückt ist. Wären wir gut organisiert, hätten wir beispielsweise 40 000 organisierte Metallarbeiter in Berlin, dann gäbe es keinen Aufschub, dann dekretierten wir die Mafseier selbst.

Nun ist noch ein weiterer Punkt zu erörtern, das ist der Vorschlag, einen Teil des am 1. Mai verdienten Lohnes zu einem nützlichen Zweck zu opfern. Auch dies wird unbedingt notwendig sein! Die die geopferte Summe verwendet werden soll, das möge die Versammlung bestimmen, aber daß etwas beigesteuert wird, dafür muß ich ganz entschieden eintreten. (Starker Beifall.)

In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde dem Referenten im Wesentlichen betrefse der Feier des 1. Mai zugestimmt, über die Feiweise wurden verschiedene Ansichten laut. Nach längerer Debatte und einem kurzen Schlußwort des Referenten stimmte die Versammlung einem von letzterem gemachten Vorschlage zu, nach welchem die einzelnen Branchenorganisationen am Abend des 1. Mai eine oder mehrere Versammlungen einzuberufen sollen, in denen auf die Bedeutung des Tages hingewiesen wird; die Feier am Sonntag soll Jedem selbst überlassen bleiben und weiter sollen die Vertrauensmänner von den Berufsorganisationen einen Teil des Arbeitsverdienstes an dem Tage als Beisteuer einzuziehen, wozu die Marken der deutschen Metallarbeiter benutzt werden sollen, nachdem sie vorher fennlich gemacht sind. Ferner wurde beschlossen eine Statistik der an diesem Tage arbeitslosen Kollegen aufzunehmen, die Listen werden in allen Verkehrslokalen, Bahnhöfen, Arbeitsnachweisen und Versammlungen an dem Tage zur Einzeichnung ausliegen.

Unter „Verschiedenem“ erhob Genosse Bähold lebhaften Protest gegen einen im „Vorwärts“, aber nicht im Fachblatt der Metallarbeiter erlassenen Aufruf an die Metallarbeiter Deutschlands, in welchem diesen empfohlen wurde, sich den Forderungen der Unternehmer, aus den Fachvereinen auszuscheiden, anscheinend zu fügen, schlüssigstfalls auch sich hier durch Unterschrift zu verpflichten. Gleichzeitig besprach Redner die zur selben Zeit in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Tagesordnung zu dem zum 1. Juni nach Frankfurt am Main einzuberufenden Metallarbeiter-Kongress. Sowohl der Zeitpunkt und die Lage des Kongresses sowie auch einzelne Punkte der Tagesordnung wurden von dem Redner einer scharfen Kritik unterzogen. Die meisten Redner, welche sich an der hierauf bezüglichen Diskussion beteiligten, stimmten dem Genossen Bähold bei, namentlich wurde der Aufruf fast von allen Rednern gemißbilligt. Das Resultat des Meinungs-austausches darüber war die mit großer Mehrheit erfolgte Annahme folgender

### 4. Resolutionen resp. Anträge:

1. „Stells den Antrag, den Metallarbeiter-Kongress nicht am 1. Juni 1891 zu Frankfurt a. M., sondern der günstigeren geographischen Lage wegen zu Pflanzten in Halle a. S. tagen zu lassen. Die Berliner Metallarbeiter stehen heute noch auf dem Boden der Weimarer Kongressbeschlüsse, sie erheben also gegen den Aufruf der Vertrauensmänner energischen Protest.“
2. „Die heute versammelten Metallarbeiter aller Branchen Berlin protestieren energisch gegen den Aufruf der Vertrauensleute der Metallarbeiter Deutschlands vom 22. März 1891, indem derselbe ganz unwürdige Forderungen an die Arbeiter stellt.“

**Der Fachverein der Tischler (Norden)** hielt am 24. März eine gut besuchte Versammlung ab. Ld. Glose sprach unter lebhaftem Beifall über „Kontraktbruch und Koalitionsrecht mit spezieller Berücksichtigung der dem Reichstage vorliegenden Gewerbe-Ordnungs-Novelle.“ In der Diskussion wurde der bekannte § 163 einer eingehenden und scharfen Kritik unterzogen. Unter „Gewerkschaftliches“ wurden in Hinblick auf verschiedene Klagen die Verhältnisse der Müller'schen Möbelfabrik, Schönhauser Allee, einer allgemeinen Besprechung unterworfen. So haben z. B. beim Unzug — welcher Weihnachten stattfand — die Gesellen zwei bis drei Tage gratis resp. für das Versprechen eines etwaigen Festens gearbeitet, (schwächere Kräfte sogar acht Tage) und zwar mit Zustimmung des Arbeiterrathes. Doch nicht umsonst hat der Unzug bemerkenswert sein sollen, es soll eine Alfordzulage stattfinden, oder vielmehr sie hat stattgefunden, aber nicht am Lohn, sondern an der Arbeit und zwar so, daß der Verdienst pro Woche etwa um 8 bis 10 M. geringer ausfallen dürfte, trotzdem derselbe schon jetzt auf einem recht niedrigen Niveau steht. Auch der Einbehalt von drei Tagen Lohn wurde hierbei erwähnt und dergleichen Sachen mehr. Es

wurde beschlossen, die ganze Angelegenheit der Werkstatt-Kontrollkommission zu überweisen, welche die weiteren Schritte thun wird. Nachdem noch Unregelmäßigkeiten in den Werkstätten Schulstraße 51, Schwedterstr. 44 und Schwedterstr. 152 besprochen, der Fragekasten erledigt und die nächste Generalversammlung bekannt gegeben war, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch geschlossen.

**Tischler.** In der am 25. März stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Fachvereins der Tischler hielt Herr Stewer einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Die Ausbreitung der Leibeigenschaft. Ausdem theilt der Vorsitzende mit, daß der Vorstand, bezogen durch die bebrängte Lage der freitenden Tischler in Mainz, den letzteren 1000 M. überhandt habe. Der Vorstand beantragt nun: Die Generalversammlung möge der Bewilligung dieser Summe ihre Genehmigung nachträglich erteilen. Diefem Antrage wird einstimmig entsprochen.

Auf Anregung eines Mitgliedes und Befürwortung seitens des Vorsitzenden erklärte sich die Generalversammlung des Fachvereins der Tischler einstimmig dafür, daß, da am 1. Mai allgemein gearbeitet wird, die Tischler Berlin es für ihre moralische Verpflichtung ansehen, den vierten Teil ihres Tagesverdienstes für die Ungehörten zu opfern; die in den Werkstätten erhabenen Beträge wolle man im Zentral-Arbeitsnachweis, Wallstraße 7-8, abliefern, worauf dann die Quittung öffentlich erfolgt. Unter Verschiedenem theilt Kollege Wiedemann einige Werkstattangelegenheiten mit, die in drastischer Weise zeigen, wie durch die gegenwärtige Krise die Rücksichtslosigkeit der Meister hervorgerufen wird.

Schließlich theilt der Vorsitzende mit, daß der Fachverein die Mafseier Sonntag, den 3. Mai, in der „Neuen Welt“ (Hafenstraße) festlich begeht. Das Billet kostet im Vorverkauf (auf den Zahlstellen und bei den Vorstandsmitgliedern) 20 Pf. (während es an der Kasse 25 Pf. kostet.) Auf jedes vorher ge-laufte Billet wird am Eingange eine Festzeitung gratis verabfolgt.

**Die Dachdecker** hielten am Sonnabend Abend eine öffentliche Versammlung unter Vorsitz des Kollegen Nachwitz ab. Beim ersten Punkt der Tagesordnung wurde der Fassung der Resolution der Bauhandwerker entsprechend Kollege Radwisch als Delegierter gewählt. In Betreff der Feier des 1. Mai wurde, da eine Einigung nicht zu erzielen war, beschlossen, in kurzer Zeit eine zweite Versammlung einzuberufen, welcher die endgültige Beschlußfassung überlassen wird. Das Bureau wird mit der Einberufung betraut.

Beim dritten Punkt wurde über die geplante Petition an das Polizei-Präsidium wegen Verhütung der Unfälle auf Bauten gesprochen. In längeren Ausführungen legte Genosse Kirch die Gefahren der Dacharbeit für Klempner, Dachdecker und Schornsteinfeger dar. Redner zeigte die Ungültigkeit der heutigen Schutzvorrichtungen, welche nur in einem Lau besitze, dessen eines Ende der Arbeiter um den Leib trage, während das andere Ende am Hause befestigt sei. Die notwendige Bewegungsfreiheit bedinge, daß das Lau etwa zwei Meter Spielraum lasse, bei einem Ausgleiten also immer noch ein Sturz stattfindende, der schon an sich große Gefahren bietet, durch das häufige Weifen des Laues aber zur Lebensgefahr wird. Die Prüfung der Laue gebe ebenfalls keine genügende Garantie. Wenn dieselben Morgens geprüft, während der Arbeit aber mit Säure bespritzt werden, was bei den Arbeiten der Klempner fast unvermeidlich sei, werden sie dadurch zerfallen und mithin vollkommen unbrauchbar. In solchen Fällen ließe es dann, die Arbeiter seien „betrunken“ gewesen! Redner geht dann auf die Schmutzkonkurrenz unter den Unternehmern, welche durch das Submissionswesen gerichtet werde, ein und schließt hieraus, daß eine durchgreifende Hilfe, soweit sie momentan durchführbar sei, nur in der Einberufung eines Schlichters, welches übrigens jedem Hause zur Zierde gereichen würde, zu suchen sei, und empfiehlt schließlich eine kombinierte Versammlung der Dachdecker, Klempner und Schornsteinfeger einzuberufen, und in dieser Versammlung die Abfassung einer Petition an das königliche Polizei-Präsidium zur obligatorischen Errichtung von Schlichtern bei jedem Bau, gleichviel ob Neubau oder Reparatur, zu beschließen. (Lebhafter Beifall.)

Nach langer Diskussion, welche im Sinne des Referenten sich bewegte, wird beschlossen, die vorgenannte Versammlung thunlichst bald einzuberufen, und in allen Kreisen für guten Besuch derselben zu agitieren.

**Sechster Wahlkreis.** Im sozialdemokratischen Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 25. März Dr. F. Lütgenau einen Vortrag über „Kirche und Sozialismus“ und fand lebhaften Beifall. An der Diskussion beteiligten sich außer mehreren Genossen die Herren S c h u m a c h e r (Schulrektor) und S e i f e r t (Theologe). Die Ausführungen dieser beiden Herren fanden im Schlußwort des Referenten ihre gründliche Widerlegung. Folgende Anträge wurden angenommen: „Die Versammlung verpflichtet sich, die Ausführungen des Referenten in weite Kreise zu tragen, damit Kirche und Christentum in ihrer wahren Gestalt gekennzeichnet werden.“ — „Die Versammlung beschließt gemäß dem Wunsche mehrerer Mitglieder des Vereins, am 1. Mai Abends eine Versammlung stattfinden zu lassen, in welcher auf die Bedeutung des Achtstundentages hingewiesen werden soll, damit den Genossen, welche am Tage arbeiten, Gelegenheit gegeben wird, sich an der Demonstration zu beteiligen; Genossen Viebnacht ist möglichst das Referat zu übertragen.“

**Eine öffentliche Versammlung der Steinmehnen Berlin** fand am Montag statt. In der Frage: Wie feiern wir den 1. Mai? wurde von dem Kollegen Gempel eine Resolution vorgelegt, welche lautete:

Die heutige öffentliche Versammlung der Steinmehnen wird die Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris zu würdigen wissen. Sie begrüßt es mit Freuden, daß durch den Kongress das Solidaritätsgefühl der Arbeiter aller Länder dokumentiert worden ist und ist im Prinzip für die Mafseier am 1. Mai, erkennt aber den Rath der Reichstags-Fraktion, die Feier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, unter dem Druck der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse als den reichlich durchdachten und für dies Jahr am richtigsten an und beschließt, am 1. Mai zu arbeiten, am Abend des 1. Mai aber eine öffentliche Versammlung mit Frauen einzuberufen, am Sonntag die wirtliche Feier zu veranstalten, und da wir am 1. Mai arbeiten, je nach einem heute noch zu fassenden Beschlusse der Versammlung einen Teil unseres Verdienstes dem allgemeinen Interesse zu opfern.

Ueber diese Resolution entstand eine längere Debatte, an welcher sich die Kollegen Scherz, Jäsche, Schmidt, Heidenberger, Gempel, Neffe und Lachmann beteiligten und zwar sprachen sich die Kollegen dahin aus, die Versammlung am Abend ausfallen zu lassen und dafür möchte ein jeder Kollege am Abend des 1. Mai an der Feier der Wahlvereine teilnehmen, da diese öffentliche Versammlung ebenso schwach besucht sein würde, wie diese heutige.

Die Resolution wurde, nachdem der Passus in Betreff der öffentlichen Versammlung mit Frauen am Abend des 1. Mai gestrichen und der Passus, daß ein jeder arbeitende Kollege 1 Mark von seinem Verdienst zu opfern habe, hinzugefügt war, einstimmig angenommen.

Kollege Gempel legte eine Unterstüßungs-Tabelle für arbeitslose Kollegen vor. Ueber diese Unterstüßungs-Tabelle sprachen sich verschiedene Kollegen dahin aus, daß sie zur Ausarbeitung an eine Kommission überweisen werde. Gewählt wurden in die

